

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich  
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
**Leipzig**  
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene  
Petizeile oder deren Raum berechnet. — Interate werden nur gegen  
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 22.

Sonnabend, den 1. Juni 1907.

11. Jahrgang.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist  
wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende  
Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Sperret** sind: Schöna, Bruch Rosenkranz im Hirschgrund.  
Meß, Platz Maizieras. Sulzbach, Firma Winter. Darm-  
stadt, Firma Heinrich Wagner.

**Offenburg** (Baden). Die Maurer legten am 27. Mai die  
Arbeit nieder; Steinmehren haben Zugang zu unterlassen.

**Trier a. d. Mosel**. Die Marmorarbeiter der Firma H. Schüller  
treten am 3. Juni in den Streik. Die Kollegen haben ord-  
nungsgemäß gekündigt.

**Rirschberg** (Sachsen). Der Streik der Pfisterer ist zu  
unseren vollen Gunsten erledigt. Der Streik, an dem  
130 Kollegen beteiligt waren, dauerte 10 Tage. Die  
Machinationen der Unternehmer wurden durch die  
Einigkeit der Kollegen glänzend durchkreuzt. (Näherer  
Bericht für nächste Nummer wird erbeten. Red.)

**Posta**. Zugang ist fernzubalten.

**Erfurt**. Bei den Firmen Walter und Hartmann stehen die  
Kollegen im Streik.

**Sirna**. Am 16. Mai traten 130 Kollegen in den Streik.  
Die Unternehmer wollen den Dresdner Tarif nicht an-  
erkennen.

**Rebra**. Der Streik ist zumgunsten der Kollegen beendet.  
Es fanden sich mehrere Streikbrecher.

In **Strehlen, Ströbel und Umgebung** stehen noch über  
400 Granitarbeiter im Streik. 200 Kollegen sind ab-  
gereift. Die Unternehmer senden überall Streikbrecher-  
agenten herum. Die Granitarbeiter Deutschlands und  
Oesterreichs mögen deshalb auf der Hut sein und eventuelle  
Arbeitsangebote ablehnen. Auch versuchen die  
Unternehmer durch allerhand Versprechungen auf die  
Streikenden einzuwirken, damit die Arbeit aufgenommen  
wird. Bisher ist kein Abtrünniger zu verzeichnen.

**Gammelbach** (Odenwald). Hier stehen die Kollegen im Streik.

**Seebach bei Rappelrodt** (Schwarzwald). Am 16. Mai  
reichten die Pfisterer der Firma J. Müller einen Lohn-  
tarif ein. Als Antwort wurde am folgenden Tage den vier  
Mitgliedern der Lohnkommission und weiteren fünf Kollegen  
die Arbeit und so weit sie Wohnungen vom Unternehmer  
inne hatten, auch diese gekündigt. Zugang von Granitarbeitern  
ist nach dem gesamten Schwarzwalde fernzubalten!

**Jahr in Baden**. Der Streik bei der Firma Müller ist für  
die Kollegen erfolgreich beendet, ebenso unsere sonstige Lohn-  
bewegung. Die Arbeit wird künftig nur im Stundenlohn  
ausgeführt. Minimallohn 65 Pfg. Arbeitszeit 9 Stunden.

**Büffeldorf**. Hier streiken die Steinbildhauer. Die Steinmehren  
haben jede Bildhauerarbeit zu unterlassen. (Die Streik-  
kommission der Bildhauer ersuchen wir um einen Situations-  
bericht. Die Redaktion.)

**Berlin I.** Durch die Banarbeiter-Aussperrung werden auch  
die Sandsteinmehren teilweise betroffen. Wieviel dadurch  
arbeitslos wurden, ist uns bis zum Redaktionschluss noch  
nicht bekannt geworden.

**Böblingen**. Der Streik ist beendet, mit welchem Resultat, läßt  
die Aufschrift nicht erkennen. Hoffentlich sind wir in der  
nächsten Nummer in der Lage, das genaue Resultat mitteilen  
zu können.

## Der Geschäftsbericht 1906.

II.

Im ersten Artikel haben wir zahlengemäß die Erfolge  
der geführten Angriffstreiks dargelegt. Für die Ver-  
bandsmitglieder ist es besonders interessant, zu wissen,  
daß wir in einer Reihe neuer Zahlstellen durch Angriff-  
streiks zu Verbesserungen der Lohnverhältnisse ge-  
kommen sind. Unsere Streiks werden sich überhaupt in  
Zukunft mehr in den neugewonnenen Steinbruchgebieten  
abspielen; denn dort, wo unsere Kollegen zum erstenmal  
geschloffen an die Unternehmerschaft mit Lohnforderungen  
herantreten, müssen wir mit der größten Hartnäckigkeit  
der betreffenden Unternehmer rechnen. Gegen Unter-  
nehmerbrutalität nützen eben gutgemeinte Worte nichts.  
Sind wir in der Lage, in den Bruchdistrikten die Löhne  
in die Höhe zu treiben, so haben dadurch unsere Kollegen  
in den Mittel- und Großstädten insoweit einen indirekten  
Vorteil, daß bei Lohnkämpfen nicht immer auf die große  
Konkurrenz der Bruchdistrikte verwiesen werden kann.

Im ersten Artikel bedauerte die Redaktion, daß der  
Geschäftsbericht die Tabelle über günstig beendete Lohn-  
bewegungen nicht enthielte. Diese Andeutung trifft er-  
freulicherweise nicht zu; als wir den ersten Artikel schrieben,  
fehlte im Korrekturabzug des Geschäftsberichts die an-  
gedeutete Tabelle. Wir stellen nun sehr gern fest, daß  
der Geschäftsbericht, weil er die Tabelle über die friedlich  
durchgeführten Lohnbewegungen mit enthält, ungemein an  
Wert gewinnt.

In nicht weniger als 27 Zahlstellen konnten auf  
keine Weise ganz annehmbare Tarifverträge mit den Unter-  
nehmern abgeschlossen werden. Es geht dies aus folgender  
Darstellung zur Genüge hervor.

## Lohnbewegungen ohne Streik zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Ort	Be- teiligte	Arbeits- zeitver- kürzung Gesamt pro Woche	Lohnerhöhung		Bemerkungen
			pro Woche und Perlon	Gesamt pro Woche	
Mühlhausen i. Thür.	36	—	0.71	25.56	Der Arbeitsvertrag wurde aufs neue abgeschlossen.
Göttingen	84	—	1.20	100.80	Es wurde ein Arbeitsvertrag für das ganze Baugewerbe abgeschlossen.
Reibra	13	78	2.16	28.08	Die Arbeitszeit wurde pro Tag 1 Stunde verkürzt, der Lohn pro Stunde um 4 Pfg. erhöht.
Magdeburg	41	—	2.70	110.70	Neuer Vertrag abgeschlossen mit 5 Pfg. pro Stunde Lohnzuschlag, nach zwei Jahren beträgt der Stundenlohn 60 Pfg.
Rönigsbach bei Neust.	14	—	5.—	70.—	Pro Kubikmeter 5 Mk. Zulage und Preisfestsetzung bei Anfang der Arbeit.
Hamburg II	140	—	2.70	378.—	Pro Stunde 5 Pfg. Lohnzulage. Einrichtung von Frühstücksbuden.
Mannheim	60	180	1.56	93.60	Die 8 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> stündige Arbeitszeit wurde dadurch für Mannheim allgemein durch- geführt. Zu den besseren Bedingungen arbeiteten schon vorher die übrigen.
Hochpeter	60	—	6.—	360.—	Anerkennung einer Preiskommission zur Regelung der Akfordpreise.
Gießen	18	—	—	—	Beseitigung der Akfordarbeit. Vertrag gilt bis 1. April 1908.
Niederlamth	109	545	1.70	185.30	5 Pfg. Lohnzulage pro Stunde, Tarif abgeschlossen. Ermäßigung für Werk- zeugschärften um 25 Prozent.
Wigramkreutz	60	—	1.—	60.—	Tarifvertrag gilt bis 1. Mai 1909.
Bayreuth	32	—	0.90	28.80	5 Pfg. Zulage pro Ueberstunde (50 statt 45 Pfg.).
Dessau	17	—	1.62	27.54	Pro Stunde 3 Pfg. mehr. Ueberstunden 10 Pfg. Zuschlag. Arbeit außer- halb 1.50 Mk. pro Tag Zuschlag.
Freiburg	100	—	—	—	60 Pfg. Maximal- zum Minimallohn erhoben.
Leipzig II	30	—	2.70	81.—	Erhöhter Tarif festgelegt.
Harburg	5	—	2.70	13.50	Ueberstunden abgeschafft.
Trier	100	—	—	—	Abkaffung der Akfordarbeit, allgemeiner Stundenlohn 60 Pfg.
Offenburg	85	—	4.32	151.20	Arbeit auswärts 15 Pfg. Zuschlag pro Stunde nebst Fahrgebl.
Bremen I	45	—	1.74	78.30	Akfordbäge erhöht. Eine weitere Erhöhung des Stundenlohnes von 75 auf 80 Pfg. vom 1. April 1907 tariflich vereinbart.
Aue im Erzgebirge	116	196	2.50	290.—	Erreicht wurde eine geregelte Arbeitszeit und andere Arbeitsbedingungen.
Bremen II	54	243	2.16	116.64	Stundenlohn erhöht von 42—52 auf 47—55 Pfg. Vertrag.
Wünschelburg	57	57	3.50	199.50	8 Prozent Lohnzulage auf Akfordtarif.
Langensalza	37	222	5.40	199.80	Akfordbäge 15 Prozent erhöht.
Sackisch	60	30	2.70	162.—	Akfordbäge 10—15 Prozent erhöht. Tarif aufs neue abgeschlossen.
Posta	600	—	5.40	3240.—	Akfordbäge bei Brechern 20—40 Proz., bei Steinmehren 25—50 Proz. erhöht, auf den Stundenlohn 10 Pfg. pro Stunde zugelegt. Einheitliche Lohnzahlung nach Tarif. Die gestellten Forderungen wurden 1904 im Streit verloren.
Rönigsutter	60	—	5.—	300.—	Akfordbäge 15—20 Proz. erhöht, Stundenlohn von 30 auf 35—40 Pfg. erhöht.
Elberfeld	36	—	3.—	108.—	Tarif auf 3 Jahre abgeschlossen, für auswärts 2 Mk. Zuschlag pro Tag, 1 Mk. in der Stadt außerhalb der Werkstat.

2019 | 1551 | 6408.32

Also auf friedlichem Wege konnte für 2019 Kollegen  
eine ganz ansehnliche Lohnzulage erreicht werden. Wir  
nehmen nun an, daß jeder Arbeiter pro Jahr 40 Wochen  
in Beschäftigung steht, so macht die durch den Verband er-  
reichte Lohnzulage, auf das Jahr gerechnet, 6408.32 ×  
40 = 256332.80 Mk. Dem schärfsten Gegner der Gewerk-  
schaftsbewegung müssen solche Erfolge Respekt abgewinnen.  
Die verleumderische Phrase: „Die Organisationen nützen  
nichts“, wird auch durch dieses Beispiel glänzend  
ad absurdum geführt. Wenn wir ohne Streik im letzten  
Jahre so schöne Resultate erzielt, so resultiert dies dar-  
aus, daß der Steinarbeiterverband im allgemeinen gegen  
die gut koalitierten Unternehmer auch nicht zurückhielt,  
wenn es hieß, in die Angriffsstellung einzurücken.

Im vorigen Jahre führten wir bekanntlich allein 36  
Angriffstreiks, wovon 25 mit vollem und teilweisem Er-  
folg für uns endeten. Fürwahr, unser Verband kann sich  
mit seinen Erfolgen sicherlich auch andern Gewerkschaften  
gegenüber sehen lassen.

Wenn unsere eingeleiteten Lohnbewegungen in so vielen  
Fällen solch günstige Resultate lieferten, so auch deshalb,  
weil die Vorbereitungen auch bedeutend vorsichtiger ein-  
geleitet wurden, als wie das früher der Fall sein konnte.  
Die sich immer wiederholenden Verhandlungen und  
Kämpfe mit den Unternehmern bringen auch unsern Kol-  
legen ein immer größeres Maß von Routine bei. Auch  
das Eingreifen der Gauleiter hat für die Kollegen wesent-  
liche Vorteile mit sich gebracht.

Nun zum Finanzwesen. Die normale Entwick-  
lung einer gewerkschaftlichen Organisation ist auch im  
Finanzgebaren zu erkennen. Die Kassenverhältnisse liegen  
in den letzten Jahren Befürchtungen irgendwelcher Art  
nicht arkommen.

Die materielle Leistungsfähigkeit und finanzielle Ent-  
wicklung des Verbandes ist aus folgenden Zahlen zu er-  
sehen. Es betragen die Gesamteinnahmen:

1902:	89 624.16 Mk.	= pro Kopf	11.07 Mk.
1903:	124 224.27	"	14.40
1904:	151 904.82	"	15.—
1905:	196 007.18	"	18.92
1906:	304 575.20	"	16.55

Die Boffern für das Jahr 1906 befagen recht drastisch,  
welchen Fortschritt unser Verband im Berichtsjahre auf-  
zuweisen hatte.

Im allgemeinen hat sich auch der innere Ausbau der  
einzelnen Zahlstellen wesentlich gehoben. Wir hatten im  
Jahre 1903 30, 1904 35, 1905 51 und 1906 76 Zahlstellen,  
die über 1000 Mk. an die Hauptkasse abliefern.

Vorausgaben wurden insgesamt im Jahre:

1902:	82021.38 Mk.	oder	91.5 Prozent der Gesamteinnahme
1903:	57 252.80	"	46.08
1904:	90 073.68	"	59.29
1905:	167 041.96	"	85.22
1906:	276 056.88	"	102.7

Es betragen die Ausgaben pro Kopf 1902 10.25 Mk.,  
1903 6.63 Mk., 1904 8.90 Mk., 1905 11.86 Mk. und 1906  
15 Mk.

Der Kassenbestand betrug am 1. Januar:

1903:	50 622.64 Mk.	= pro Kopf	6.30 Mk.
1904:	117 594.11	"	13.68
1905:	179 425.28	"	17.78
1906:	208 990.50	"	14.80
1907:	286 909.82	"	12.87

Außerdem befand sich am Schlusse des 4. Quartals in  
den Zahlstellen, soweit sie Abrechnungen eingefandt haben,  
ein Kassenbestand von rund 110 479 Mk., so daß das Ver-  
bandsvermögen am 1. Januar 1907 (die Zahlstellen, wo  
die Abrechnungen noch fehlten, schätzungsweise mit ein-  
gerechnet) zirka 350 000 Mk. betrug.

Mit der Ausbreitung des Verbandes und durch die auf  
dem Nürnberger Verbandstag beschlossene neue Beitrags-  
regulierung steigerten sich die Einnahmen des Verbandes  
gegen das Jahr 1905 um 108 568.02 Mk. = 55.4 Prozent.  
Diese Mehreinnahme wurde aber durch die sich immer  
hartnäckiger gestaltenden Kämpfe — die sich nur noch in  
seltenen Fällen im lokalen Rahmen abspielen, sich viel-  
mehr durch die Koalition und Taktik der Unternehmer auf  
ganze Industriezentren ausdehnen — und auch durch son-  
stige erhöhte Anforderungen, die an die Verbandskasse ge-  
stellt wurden, mehr als aufgehoben. Allein 177 854.77 Mk.  
wurden für Streik- und Maßregelungsunterstützung aus-  
gegeben. Die Gesamteinnahme erreichte im Berichtsjahre  
die Höhe von 304 575.20 Mk. Da nun aber laut Beschluß  
des Nürnberger Verbandstags ab 1. Juli 1906 pro Wochen-  
beitrag 10 Pfg. für die am 1. Juli in Kraft tretende  
Krankenzuschußkasse abzuführen sind, so muß nach dem  
Umsatz an Beitrags- und Erwerbslosenmarken die Summe  
von 35 831.05 Mk. für diese Unterstützung gerechnet wer-  
den. Es verbleibt somit für unsere sonstigen statuten-  
mäßigen Aufgaben und Verpflichtungen nur eine Ein-  
nahme von 268 744.15 Mk. Dieser Einnahme steht  
eine Ausgabe von 276 056.38 Mk. gegenüber, so daß das  
letzte Geschäftsjahr eigentlich mit einem Defizit von  
7312.23 Mk. abschließt.

Von der Gesamteinnahme entfallen auf Beiträge  
267 061.24 Mk. = rund 100 000 Mk. mehr als 1905.

Dieses kleine Defizit von 1906 braucht uns aber nicht  
zu ängstigen; das Berichtsjahr war eben ein Kampfsjahr,  
wie nie zuvor.

Im vorigen Jahre hatte ein „Sumpazius“ in einem  
christlichen Gewerkschaftsblatte die bodenlose Frechheit,  
unsern damals publizierten Kassenbestand als Schwindel  
zu bezeichnen. Ob sich heuer wieder ein solcher Galunke finden  
wird, um mit den alten Lügen hausieren zu gehen?

Wir würden nur wünschen, daß recht viele Kollegen  
den musterhaft zusammengestellten Kassenbericht studieren  
möchten.

Wo gibt es eine Vereinigung, die den Mitgliedern  
über jeden Pfennig so genau Rechenschaft ablegt, als wie  
eine gewerkschaftliche Organisation? Diese genau  
detaillierten Geschäfts- und Kassenberichte flößen nicht nur  
den Verbandsmitgliedern Vertrauen ein, nein, auch die  
Scharfmacher in den Unternehmerverbänden bewundern  
diese „für jedermann offene Buchführung“.

# 15 Jahre Entwicklung der gewerkschaftlichen Zentralverbände.

Die weitaus größte Zahl der Generalversammlungen deutscher Gewerkschaften sind beendet. Sie haben lebendige Zeugnisse von der Entwicklung und Bedeutung der einzelnen Verbände abgelegt. Da verlohnt es sich denn, ein Gesamtbild der gewerkschaftlichen Entwicklung in Deutschland von 1890 bis 1905 zu geben. Zu diesem Thema hat vor wenigen Tagen die Generalkommission umfangreiche statistische Nachweise geliefert, aus denen wir nur herausgreifen wollen, was den Organisationsdrang und die Notwendigkeit der Gewerkschaftsorganisation zeigt.

In diesen fünfzehn Jahren haben sich die Zentralverbände um 2 auf 64 vermehrt. Inzwischen aber haben sich aufgelöst oder sind in schon bestehende Zentralverbände übergegangen, die Verbände der Masseure, Former, Holz- hilfsarbeiter, Goldarbeiter, Flößer, Korbmacher, Berg- arbeiter Sachsens, Süddeutschen Müller, Seiler, Bürsten- macher, Drechler, Stellmacher, Tischler, Plätterinnen, Vergarbeiter im Saarrevier, Zentralverein der Frauen, Posaumentier, Selbständigen Barbieren, Fabrikarbeiter, Ziegler, Musikinstrumentenmacher, Lohgerber, Weiß- gerber, Schlosser, Maler in Bayern, Mechaniker und süd- deutschen Zimmerer. Fürwahr ein Bild lebhafter Ent- wicklung, das uns zeigt, wie sich die Organisationsform der Zentralverbände als wirtschaftliche Notwendigkeit durchgesetzt hat.

In der Entwicklungsperiode von 1890 bis 1905 ist die Mitgliederzahl von 277 659 auf 1 344 803 gestiegen. Leider haben einige wenige Gewerkschaften für die Jahre von 1891 bis 1897 der Generalkommission keine Angaben über Massenverhältnisse gemacht. Nach den Berichten aber von 55 Gewerkschaften stiegen die Einnahmen in der Zeit von 1890 bis 1905 von 1 116 588 Mk. (pro Kopf der Mitglieder 6.68 Mk.) auf 27 812 257 Mk. (pro Kopf 20.68 Mk.) und die Ausgaben von 1 606 534 Mk. (pro Kopf 9.62 Mk.) auf 25 024 234 Mk. (pro Kopf 18.61 Mk.). Der Vermögens- bestand jedoch stieg von 427 058 Mk. (pro Kopf 2.56 Mk.) auf 19 635 850 Mk. (pro Kopf 14.60 Mk.).

Die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften als Organisationen des Klassenkampfes illustrieren folgende Angaben: In sämtlichen Industriegruppen wurden von 1890 bis 1905 insgesamt 11 370 Streiks und Aussperrungen durchgeführt, woran 1 401 283 Personen oder 23,92 Prozent der Beschäftigten beteiligt waren. Nach Industrie- gruppen geordnet betragen die Ausgaben für Streiks und Aussperrungen: Baugewerbe 11 514 028 Mk., Metall- industrie 8 050 184 Mk., Holzindustrie 5 651 344 Mk., Be- kleidungsindustrie 2 107 541 Mk., Handels- und Trans- portgewerbe 2 146 817 Mk., Graphische Gewerbe und Pa- pierindustrie 2 114 866 Mk., Nahrungs- und Genussmittel- industrie 1 405 052 Mk., Keramische Gewerbe 1 353 842 Mk., Lederindustrie 575 474 Mk., Bergbau 1 209 613 Mk., Textilindustrie 2 606 633 Mk., Fabrikarbeiter 1 071 126 Mk., Gärtner 225 896, Barbieren 6685 Mk., Gemeinde- arbeiter 6349, Gastwirtschaften 1887 Mk. und Zivil- berufler 457 Mk. Nach diesen Angaben wurden für Streiks und Aussperrungen insgesamt 37 052 794 Mk. ausgegeben.

## Das Zentral-Arbeitersekretariat.

In seinem Bericht, den das der Generalkommission der Ge- werkschaften Deutschlands angeschlossene Zentral-Arbeiterse- kretariat für das Jahr 1906 erstattete, gibt es einleitend dem Be- dauern Ausdruck, daß das Reichsversicherungsamt dem vielfachen Drängen arbeiterfeindlicher Politiker, die über das Anwachsen der Ausgaben der Landesversicherungsanstalten ein großes Hallo erhoben, nachgab und gegen die in einigen Versicherungs- anstalten loyal und wohlwollende Auslegung der Invalidität des Versicherten Einspruch erhob, um durch eine strengere Fest- setzung der Grenze der Invalidität die Zahl der Rentenbewerber herabzudrücken. Infolge dieser Maßnahmen sind an Invaliden- rändern im Jahre 1905 nur 122 869 bewilligt, während 1908, ehe die Maßnahme des Reichsversicherungsamtes einsetzte, 152 871 Renten bewilligt wurden.

In der Unfallversicherung versuchen arbeiterfeindliche Ele- mente dafür Stimmung zu machen, daß die niedrigeren Renten- beträge beseitigt werden. Als Begründung für diese Stellung- nahme wird ausgeführt, daß nicht selten die Arbeiter wieder durch Anpassung an die Verhältnisse den gleichen Lohn wie früher erzielen. Diese Argumentation irrt in vielen Fällen, denn in den meisten Fällen sei es einem jungen Arbeiter durch die Folgen eines Unfalles nicht möglich, in seinem Beruf eine bessere Stellung zu erlangen; der Unternehmer bevorzugt ge- sunde Arbeiter und nicht selten werde von den Arbeitern darüber Klage geführt, daß sie infolge Verkrüppelung von Fingern ent- lassen wurden, weil der Fabrikant nicht das Vertrauen zu ihm hatte, daß er genügend leiste. Das Sekretariat ist weit davon entfernt, den Wert und die Bedeutung der sozialen Gesehggebung zu unterschätzen, hält aber die überhöchlichen Löhne, die auf dieselben gesungen worden, für unangebracht. Denn was wolle es befragen, wenn die Witwe eines zu Tode gekommenen Arbeiters 20 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes des Verstor- denen als Unterstützung erhält. Das ist ein so minimaler Ver- trag, der nicht verhindern kann, daß die schwerste Not und das größte Elend in die Familie einzieht, die von dem herben Schläge betroffen wird, ihren Ernährer zu verlieren. Und wenn bei einer größeren Kinderzahl diese Rente im Höchstfalle auf 60 Proz. des Jahresverdienstes steigt, so ist auch dort nur die soziale Für- sorge ein schwaches Hilfsmittel. Viele Witwen, die ihren Sohn verlieren, der ihr einziger Ernährer war, haben keinen Anspruch auf irgendwelche Entschädigung, weil sie nicht nachweisen können, daß der Verstorbene, wie die gesetzliche Vorschrift befiehlt, ganz oder überwiegend ihren Lebensunterhalt bestritten hat.

Das Zentral-Arbeitersekretariat wies im Jahre 1906, im viernten Geschäftsjahre, die gleiche rege Inanspruchnahme auf, wie sie in dem vorausgegangenen Bericht zu verzeichnen ist. Die eingelaufenen Streitfragen, die zur Vertretung vor dem Reichs- versicherungsamt und Schiedsgericht überwiesen wurden, betru- gen 1197 gegen 1098 im Jahre 1905. Auch die Korrespondenz ergibt eine erhebliche Steigerung, da durch die Agitation und Vorbereitung für die Wahlen zum Reichsversicherungsamt ein außerordentlich umfangreicher schriftlicher Verkehr mit den Ge- werkschaftsvereinen und Arbeitersekretariaten notwendig wurde.

Die Anfragen, die schriftliche Auskunft über Rechtsfragen verlangten, steigerten sich von 646 im Jahre 1905 auf 671 im Jahre 1906.

Den 1197 im Jahre 1906 eingegangenen Streitfragen standen 1098 im Jahre 1905, 968 im Jahre 1904 und 633 im Jahre 1903 gegenüber. Mit den aus den Vorjahren zurückgebliebenen waren im Jahre 1906 insgesamt 1506 Streitfragen zu erledigen, davon waren am Schluß des Jahres 1237 entfallen, so daß am Schluß 1906 noch 268 Sachen unerledigt blieben.

Von diesen 1237 im Jahre 1906 erledigten Streitfragen be- trafen 1151 Ansprüche auf Grund der Unfallversicherungsgesez-

In 56 Fällen war der Refus sowohl von der Berufsgenos- sen- schaft wie vom Verletzten eingelegt, so daß die Zahl der Refuse 1179 betrug. Von diesen Ansprüchen erwiesen sich nach näherer Prüfung und im Laufe des Verfahrens 250 als vollkommen aussichtslos, weshalb nach Rücksprache mit den Verletzten in 17 Fällen der Refus zurückgezogen wurde, in den übrigen eine mündliche Vertretung nicht stattfand. Von den 929 Refusen, die in mündlicher Verhandlung vertreten wurden, sind 493 voll oder teilweise zugunsten der Verletzten und 436 zugunsten der Verletzten entschieden.

Von den im Jahre 1906 zur Erledigung gekommenen 86 An- sprüchen auf Invalidenrente mußten 10 wegen vollständiger Ausschichtslosigkeit zurückgewiesen und 4 aus dem gleichen Grunde mit Einverständnis der Versicherten zurückgenommen werden. Von den 71 in mündlicher Verhandlung vertretenen Revisionen wurden 35 Revisionen der Versicherten und 3 Revisionen der Landesversicherungsanstalten zurückgewiesen. Stattgegeben wurde der Revision der Versicherten in 27 Fällen, der Landesversiche- rungsanstalten in 6 Fällen. In der Regel erfolgt bei Invali- densachen, da es sich beim Reichsversicherungsamt nur um Re- visionsmittel handelt, wenn nicht die Abweisung erfolgt, eine Zurückweisung an das Schiedsgericht. Damit ist für den Ver- sicherten die Möglichkeit gegeben, aufs neue seine Beweise für das Vorhandensein der Invalidität vorzubringen.

Ueber den Verkehr mit den Behörden wird berichtet, daß sich derselbe in zufriedenstellender Weise geregelt hat. Auch einige Berufsgenossenschaften, die eine starke Abneigung gegen Arbeitersekretariate haben, scheinen sich immer mehr mit der Tat- sache abzufinden, daß sie deren Eingreifen keinen Widerstand entgegenzusetzen können. Zufriedenstellend sei aber auch das Ent- gegenkommen gewesen, das das Sekretariat auf dem Reichs- versicherungsamt gefunden hat.

Erhebliche Arbeiten haben dem Sekretariat die Wahlen zum Reichsversicherungsamt verursacht, die im Jahre 1906 stattfanden. Beklagt wird darüber, daß sich die Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate zumeist zu wenig um die Organisation der Krankenkassen, die Wahlen der Richter zum Schiedsgericht und die Vertretung in den Landesversicherungsanstalten kümmern, wodurch die Vorarbeiten zu den Wahlen nicht unmerklich er- schwert wurden. Ueber das Resultat der Wahlen wird berichtet, daß für Industrie und Gewerbe die Liste gewerkschaftlich organi- sierter Arbeiter gewählt wurde. Diese hatte nicht nur die abso- lute Mehrheit der Abstimmenden auf sich vereinigt, sondern es hatte auch die Mehrheit der Wahlberechtigten für dieselbe ge- stimmt. Für die Landwirtschaft ist unsere Liste unterlegen. Wenn trotzdem 14 unserer Kandidaten gewählt wurden, so geschah es nur durch die mangelhafte Vorbereitung der Gegner, denn 14 der Gewählten lehnten es ab, die Wahl anzunehmen.

Erfolg hatte dagegen die Liste unserer Arbeitervertreter für die Seberufsgenossenschaft, wodurch die bisherige Vertretung der Meeder ausgemergelt wurde.

Zum Schluß wird betont, daß das Gesamtergebnis der Wahl hätte besser sein können. Es werde deshalb Aufgabe der Ge- werkschaftskartelle und Arbeitersekretariate sein müssen, mehr als bisher sich der Aufgabe zu widmen, die zu pflegen im sozialpoliti- schen Interesse dringend erforderlich ist. Für die Mitarbeit der Arbeiter an sozialpolitischen Aufgaben — mag der Einfluß dieser Arbeitervertreter auch gering sein — müsse mit allen Kräften gewirkt werden, denn es handelt sich um wichtige Inter- essen der Arbeiterschaft, die nicht unberücksichtigt bleiben dürfen.

## Kampf im Berliner Baugewerbe.

Berlin ist dieses Jahr der Schauplatz gewaltiger Wirt- schaftskämpfe. Die Holzindustriellen sind mit ihrer Aussperrung glatt hereingefallen, die Metallindustriellen haben sich ebenfalls mit ihrer brutalen Aussperrungstaktik keine Vorbeeren holen können. Nun bekamen die Unternehmer im Berliner Baugewerbe den Aussperrungstaktik. Die Bauarbeiter verlangten den Achtstunden- Arbeitstag und eine kleine Lohnzulage, die Unternehmer lehnten die gestellte Forderung ab, die Aussperrung aller Bauarbeiter sollte die Antwort bilden.

Ueber den genauen Stand der Aussperrung sei fol- gendes mitgeteilt:

Die Aussperrung hat auch am Schluß der vorigen Woche keinen größeren Umfang angenommen. Die vom Zentralver- band der Maurer am 23. Mai ausgekommene Bautenkontrolle hat ergeben, daß auf 896 Arbeitsstellen weiter gemauert wurde. Bei der genauen Durcharbeitung des Ergebnisses hat sich nun allerdings herausgestellt, daß in jener Summe 114 Arbeitsstellen mitgezählt waren, wo nur Poliere und Lehrlinge tätig waren, so daß man diese 114 wohl zu den Aussperrungsbauten rechnen muß. Auf den übrigen 782 Arbeitsstellen waren 5122 Maurer beschäftigt, also nicht ausgesperrt, und zwar: auf 284 Holz- bauten 3082 Maurer, auf im Ausbau befindlichen 384 Bauten 1645, und bei 114 Scharwerken und Umbauten 395 beschäftigte Maurer. Arbeitergeber, die nicht ausgesperrt haben, wurden 654 gezählt; unter ihnen sind 112 Bundesmitglieber.

Zur Kontrolle meldeten sich am 25. Mai 3877 ausgesperrte, streikende und arbeitslose Verbandsmitglieder der Maurer. Am Schluß des ersten Quartals waren im Berliner Lohngebiet 12 369 zentralorganisierte Maurer tätig, von denen 10 389 dem Zweigverein Berlin angehörten, die übrigen in der Provinz organisiert waren. Seit dem 1. April haben sich abgemeldet und sind abgereist 2362. Von den nicht ausgesperrten und noch in Berlin arbeitenden 5122 Maurern sind ungefähr 4000 im Zen- tralverband organisiert.

Bei den Bauhilfsarbeitern ist die Aussperrung, wie leicht erklärlich, nicht stärker bemerkbar geworden als bei den Maurern. Ihre Bautenkontrolle hat ergeben, daß auf 1060 Arbeitsstellen 4670 nicht ausgesperrte Hilfsarbeiter tätig waren. Zur Kontrolle meldeten sich beim Bauhilfsarbeiterverband, wie in den ersten, so auch in den letzten Tagen der Woche nur 3300 ausgesperrte, streikende und arbeitslose Mitglieder. Dazu mögen ungefähr 450 lokalorganisierte Arbeiter kommen, so daß sich also die Aussperrung auf 3750 Hilfsarbeiter erstreckt, während 4670 nicht ausgesperrt sind.

Bei den Zimmerern hat sich die Aussperrung ebenfalls nicht verstärkt. Von 1323 ausgesperrten, streikenden und ar- beitslosen Verbandsmitgliedern, die sich in Groß-Berlin zur Kon- trolle meldeten, sind 142 im Laufe der verfloffenen Woche abge- reist, so daß am Sonnabend noch 1181 zu verzeichnen waren. Von ein paar entfernten Vororten stand das Resultat der Kon- trolle noch aus. Es wurden somit ausgesperrt Maurer 4912, Zimmerer 1810, Bauhilfsarbeiter 3750, also im ganzen 10 742.

Wenngleich nun ein gut Teil Aussperrter abgereist ist, so dürfen sich die Bauunternehmer doch gewiß nicht einbilden, daß sie 30% oder gar 50 000 Arbeiter ausgesperrt haben. Das mag ihr Wunsch gewesen sein, ihre Kraft reichte aber dazu lange nicht aus.

Eine Verschärfung im Kampf des Baugewerbes wurde durch die Beschlüsse vom 26. Mai der Generalversammlung der Bauarbeiter herbeigeführt. Die Bauunternehmer hatten be- kanntlich trotz der proklamierten Aussperrung in ziemlich großem Umfange auf überbliebenen Bauten weiter arbeiten lassen, auch hatte sich eine Anzahl kleiner Unternehmer an der Aussperrung bisher nicht beteiligt. Die Arbeiter haben nun beschlossen, daß die Arbeitgeber, auf deren Bauten noch gearbeitet wird, vom 27. Mai an einen gemäßigten, nur bis 31. März 1908 gültigen Tarif von 8 1/2 stündiger Arbeitszeit, 80 Pfg. Stundenlohn für die Maurer und 55—75 Pfennige für die Bauarbeiter und jeder- zeit zulässiger Kündigung anerkennen sollen, widrigenfalls die Arbeit am Dienstag, 28. Mai, niedergelegt werden soll. Die Bauarbeiter mußten zu einem solchen Beschlusse greifen, weil

sonst die notwendigen Bauten fertiggestellt worden wären, die Chancen für die Aussperrten wären dadurch ungünstiger ge- worden.

Durch den Kampf werden auch unsere Berliner Kollegen in Mitleidenschaft gezogen.

## Aus der Oberlausitz.

Das nach Beschluß des letzten Verbandstags, Gauleiter angustellen, auch die Oberlausitz mit ihren Tausenden von Stein- arbeiter berückichtigt wurde, begrüßten die Kollegen mit Freu- den. Folgender Fall lehrt auch wieder, daß die Oberlausitz nicht bloß von den übrigen Kollegen Deutschlands als rückständig gilt, sondern auch die bebrängten Unternehmer in der Oberlausitz Hilfe suchen. Bekanntlich sind 600 Kollegen in Streik, E. Ströbel und Quakau im Auslande, um nicht mehr länger die Lohnflaben der Unternehmer zu bleiben. Die Kollegen wollen über den Wert ihrer Arbeit mitbestimmen und Tarife mit den Unternehmern vereinbaren. Dieses Verbrechen der Kollegen kann aber bloß bereitet werden, indem die Unter- nehmer Streikbrecher aus finstern Winkeln der Welt heranziehen. Es soll nun auch ein solcher Streikbrecheragent das große Stein- bruchgebiet Demitz-Tumitz bereisen, um Kollegen unter großen Versprechungen nach Streikeln zu locken. Hoffentlich gelingt es der dortigen Zahlstelle, dem Herrn das Handwerk zu legen. Ferner traf auch in Löbau die Nachricht ein, daß auch in einem der organisierten Steinarbeitern noch unbekanntem Bezirke die Unternehmer aus Schlesien auf der Streikbrecherreise sein sollen. Zwischen Löbau und Görlitz liegen die Orte Königshain, Arnsdorf, Hilderdorf, wo ungefähr 500 bis 600 Granit- arbeiter unter traurigen Verhältnissen ihr Dasein fristen. Den dritten Pfingstfeiertag benutzten nun ein paar Löbauer Kollegen, das entlegene Steinbruchgebiet aufzusuchen, um an Ort und Stelle die soziale Lage der Beschäftigten zu studieren. Glück- licherweise konnte die Erfahrung gemacht werden, daß die Kol- legen in Schlesien aus diesem Bezirk nicht viel zu fürchten haben. Als Fremder aus einem Industriebezirk gewinnt man bei einer Reise nach Arnsdorf usw. den Eindruck, daß es mehr nach Ost- elbien zugeht. Nichts als Landwirtschaft ist lemerbar, höchstens Ziegeleien mit elenden Arbeiterbaracken sind zu bewundern. Erreicht man den Königsheimer Berg, dann findet man Stein- bruch auf Steinbruch vor. Ein Mitbestimmungsrecht über den Wert ihrer Arbeit steht den Kollegen nicht zu, die Unternehmer bestimmen nach mittelalterlichem Recht die Arbeiterlöhne selbst. Die Arbeitszeit geht vom Morgengrauen bis in die finstere Nacht. Werkzeug stellen die Arbeiter selbst. Arbeiter wird alles im Afford. Ferner werden die Kollegen noch doppelt aus- gebeutet, indem zum Teil ein ausgeprägtes Zwischeneinstre- chen eingeführt ist. Daß bei der schweren Arbeit auch die Lebenshaltung eine minderwertige ist, braucht wohl nicht be- sonders hervorgehoben zu werden; denn ein Stück Fleisch oder Wurst zum Brot gilt als Luxus. Die Unternehmer sind fast alle kapitalkräftig oder sind es durch die willigen und billigen Arbeitskräfte geworden. Deshalb haben sie auch nicht nötig, in der entlegenen Gegend zu wohnen, sondern haben ihren Wohnsitz in Görlitz. Gegen früher haben die Brüche bedeutend an Wert gewonnen, weil von Görlitz aus die Eisenbahn durch den Bezirk gebaut ist und dadurch die Unternehmer einen Teil der Trans- portkosten ersparen. Das Los der Steinarbeiter hat sich hingegen durch die Verkehrsverbesserung nicht viel geändert. Um ein besseres Auskommen zu ermöglichen, treibt ein Teil der Kol- legen mehr oder weniger Landwirtschaft. Etwas Zeit zur Auf- klärung und Bildung bleibt darum nicht übrig. Müde es gelin- gen, in nächster Zeit die Kollegen dem Steinarbeiterverband zu- zuführen. Durch Einigkeit und Solidarität wäre es dort ein leichtes, menschenwürdiger Verhältnisse zu schaffen. Auch hier findet das Wort von Lassalle Anwendung, daß die verarmte Bedürfnislosigkeit schuld ist, daß all die Reichthümer, welche in der Erde schlummern, bloß einem Teil der Menschen zugute kommen. Im Interesse der Kollegen selbst ist zu wünschen, daß sie bald erkennen, daß nur eine gute Organisation imstande ist, diese Gegenstände auszugleichen. Darum hinein in den Steinarbeiter- verband.

## Bekanntmachungen des Zentral- vorstandes.

Vom 1. Quartal 1907 haben folgende Zahlstellen noch keine Abrechnung eingekandt:

1. Gau: Danzig, Frankfurt a. O., Königsberg, Posen.
2. Gau: Breslau II.
3. Gau: Aue, Geier, Ramens, Struppen, Treuen.
4. Gau: Altenburg, Deucha, Dessau, Drohitz, Naumburg, Wittenberg.
5. Gau: Eisenach.
6. Gau: Görtel, Raffel II, Leopoldsthal, Reiffenhäusen, Zellfeld.
7. Gau: Bonn, Drohl, Köln II, Wehlar.
8. Gau: Alfenz, Altenbach, Altleiningen, Annweiler, Aschbach, Birkenau, Fischbach, Gelnhausen, Hochspeier, Hochst im Odenwald, Klingenmünster, Landstuhl, Zandau, Obermörlen, Obernhäusen, Oberstein-Zdar, Ober- bach, Obernheim, Otterberg, Rammelzbach, Schopf, Speier, St. Johann, Zwingenberg.
9. Gau: Anslau, Baden-Baden, Rappeltrod, Rütchenbach, Lühelburg, Ochsenbach, Ottenhöfen.
10. Gau: Amorbach, Dorfprozelten, Faulbach, Fachsenbach, Gerolzhofen, Mondfeld, Reiffenhäusen, Trennfurt.
11. Gau: Neufang, Schwargenbach, Weihenstadt, Wunsiedel.

Wir ersuchen die betreffenden Ortsverwaltungen, die Quartalsabrechnungen sofort einzusenden.

Die Gauleitungen machen wir besonders auf die saumseligen Zahlstellen aufmerksam, und ersuchen, ihren Einfluß dahin gel- tend zu machen, daß die Ortsverwaltungen ihren Pflichten pünktlicher als bisher nachkommen.

## Korrespondenzen

Berlin I. Am 16. Mai tagte im Englischen Garten eine gut besuchte Mitgliederversammlung. Genosse Max Kiesel referierte über: Die gegenwärtige Lage der Arbeiterschaft. Die Entwick- lung der jetzigen Machtstellung des Kapitalismus in den ber- schiedenen Produktionszweigen schildernd, zeigt Redner, wie namentlich durch die Entwicklung der Industrie der Profit der Erzeugnisse immer mehr in die Hände weniger Kapitalisten übergeht, die über Tausende von Arbeitern verfügen und die- selben in der schamlosesten Weise ausbeuten. Wenn sich nun die Arbeiterschaft organisiert, um ihre Arbeitskraft so teuer wie möglich verkaufen zu können, so sehen wir, wie die Organi- sationen nicht nur von den Arbeitgebern, sondern auch von der Regierung und der heutigen Gesellschaftsordnung, die sich in den Dienst des Kapitals stellen, in der brutalsten Weise bekämpft werden. Im Interesse der Kultur liegend, hätte die Regierung die Pflicht, den Machinationen der Industriemagnaten durch Gesehggebung Einhalt zu gebieten. Redner weist dann auf die Gesehggebungsversuche der bürgerlichen Parteien vor der Reichs- tagswahl hin, die, um die Arbeiterschaft für sich zu gewinnen, die weitgehendsten Versprechungen machten, z. B. Unantastbar- keit resp. Erweiterung der Koalitionsfreiheit, des Versammlungs- rechts, Errichtung von Arbeiterkammern usw. An der Hand verschiedener Beispiele weist Kiesel nach, auf welcher Seite der den Arbeiterorganisationen so oft zur Last gelegte Terroris- mus zu finden ist, der sich in den Aussperrungen der letzten Zeit

**Spiegel.** Auf die Kiefernaußsperrung im Berliner Baugewerbe eingehend, meint Nebner: Trotzdem die Ausperrungen der Hamburger Schauerleute, der Holzarbeiter, der Schneider usw. den Baugewaltigen hätte zu denken geben müssen, beschloßen diese die Ausperrung, nur weil die Unternehmer prinzipiell nicht auf eine Verkürzung der Arbeitszeit eingehen wollten. Die gesamte Arbeitererschaft wird diesen Kampf unterstützen, damit die Ausperrung als Sieger daraus hervorgeht. Da nun die Arbeitererschaft jede Verkürzung der Arbeitszeit als einen Kulturfortschritt betrachtet, wird sie sich von dieser Forderung nicht mehr abbringen lassen. (Lebhafte Beifall.) Eine Diskussion über den Vertrag fand nicht statt. Zur Neuregelung des Platzvertreterstimmens wird die gedruckt vorliegende Vorlage des Vorstandes, die Ausführungsbestimmungen betreffend, angenommen. Die regelmäßigen Sitzungen der Obleute und des Vorstandes finden jeden ersten Donnerstag im Monat bei M. Faber, Stephanstraße 11, statt. Ferner beschloß die Versammlung, die örtliche Krankenunterstützung auch nach Inkrafttreten der zentralisierten Unterstützung wie bisher beizubehalten. Zum Punkt Maifeier teilt der Vorsitzende mit, daß insgesamt 56 Kollegen, und zwar bei einer Firma einen Tag, bei den übrigen drei Firmen drei Tage ausgeperrt wurden. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die am 16. Mai im Englischen Garten abgehaltene Versammlung des Zentralverbandes der Steinarbeiter Berlins I nimmt Kenntnis von dem Verhalten derjenigen Kollegen, welche entgegen dem vorigen Versammlungsbeschlusse, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, gearbeitet haben. Sie erblickt hierin einen schweren Verstoß gegen die Disziplin, welche Unterordnung einzelner unter die Bestimmungen der Gesamtheit erfordert und erteilt den in Betracht kommenden Kollegen eine scharfe Rüge. Besonders scharf verurteilt die Versammlung die Handlungsweise der bei Meßing Nachfolger beschäftigten Kollegen Barleben, E. Dreiling, Oskar Müller und Gustav Otte, welche unter Mißbrauch des in sie gesetzten Vertrauens den Versammlungsbeschuß im Udenrecht beständig und durch eigenes Außerachtlassen desselben die Hauptschuld an dem unsolidarischen Verhalten der übrigen nichtfeiern Kollegen der Firma Meßing Nachf. tragen. Die Versammlung entzieht ihnen das bisher entgegengebrachte Vertrauen und erzieht insbesondere den Kollegen Oskar Müller, sein Ehrenamt im Gefellenausschuß und im Innungschiedsgericht niederzulegen.“ Zu dem bevorstehenden Kampf der Berliner Bäcker fand folgende Resolution Annahme: „Die heute im Englischen Garten abgehaltene Versammlung ist mit dem Vorgehen des Bäderverbandes einverstanden und beschließt, denselben in dem bevorstehenden Kampfe die gewünschte moralische Unterstützung im weitestgehenden Maße zuteil werden zu lassen.“ Alsdann wurde das Verhalten der Mehrzahl der Kollegen der Firma Pflöger einer Kritik unterzogen. Dagegen eine ähnliche Handlung den beteiligten Kollegen der Firma Schilling eine Rüge eintrachte und trotz der über sie verhängten Ausperrung am 2. Mai glauben die Kollegen in ihrer Harmoniebedeute, das „gute Einvernehmen“ ihrerseits nicht stören zu dürfen, sich den Genuß „der wohlverdienten Ertrabaganz“ des Geburtstagschmauses zu sichern und beglückten ihren Arbeitgeber zum Geburtstag am 5. Mai mit einer Gratulation. Hierauf gab der Vorsitzende die Verhaltensmaßregel zur Bauarbeiterausperrung bekannt. Die in Mitleidenschaft gezogenen Kollegen haben sich bei Faber, Stephanstraße 11, zu melden. Den ledigen Kollegen wird zur Pflicht gemacht, Berlin zu verlassen. Das diesjährige Sommerergrüßen findet am 22. Juni in der Kronenbrauerei Alt-Moabit statt.

**Düsseldorf.** Am 25. Mai fand im Lokal Werner eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Marmorarbeiter statt. Da wir jetzt vor der Lohnbewegung stehen, so war der Hauptpunkt: Letzte Beschlusfassung über den einzureichenden Tarif. Gauleiter Herrmann hielt ein instruktives, zündendes Referat, welches lebhaften Beifall fand. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde, nachdem die Schlusbestimmungen des Tarifs noch einmal seitens des Vorsitzenden vorgelesen und eingehend erläutert waren, der 1. Juni festgesetzt, um den Tarif an die Meister gelangen zu lassen. Hoffen wir, daß es uns gelingt, den Kampf, den wir zu führen gezwungen sind, siegreich zu beenden.

**Fluß.** Vom herrlichsten Wetter begünstigt, unternahmen die Steinarbeiter der hiesigen Zahlstelle, 45 an der Zahl, am Sonntag, 12. Mai, einen Ausflug nach Flossenburg. Wir hatten dort eine Versammlung einberufen, um doch einen Teil der beschäftigten Arbeiter unserm Verband zuzuführen. Bisher war jede Arbeit vergebens, denn von den 80—85 dort beschäftigten Steinarbeitern war bis jetzt keiner zu bewegen, dem Verband beizutreten. Was für mißliche Zustände in Flossenburg herrschen, beweist, daß die Arbeitszeit noch 13—14 Stunden beträgt. Kaum hatten die christlichen Brüder von der Abhaltung einer Versammlung gehört, kamen sie uns schon damit aus, um eine Zahlstelle der Christlichen zu gründen. Sie schnitten aber sehr schlecht ab, denn sie hatten fast gar keine Aufnahme zu verzeichnen. Als am 12. Mai unser Vorsitzender die Versammlung eröffnete, war der Saal im Gasthof zum Schloßberg bis auf den letzten Platz gefüllt, 125 Mann waren erschienen. Genosse Weiß aus Weiden referierte. Seine Rede fand lebhaften Beifall. Es wurde hierauf 33 Mann aufgenommen. Die Debatte war äußerst sachlich und interessant. Die gut abgeschlossene Lohnbewegung im Fichtelgebirge hat auch auf unsre Steinarbeiter einen sehr günstigen Eindruck gemacht.

**Hamburg II.** Am 13. Mai tagte im Gewerkschaftshaus die übliche Monatsversammlung der Marmorarbeiter. In Punkt 1 hielt Genosse Kalnbach einen sehr lehrreichen Vortrag über: Der Kampf der Unternehmer gegen die Arbeiterorganisationen. In Punkt 2 wurde bestimmt, eine Werkstellenstatistik aufzunehmen. Als Statistiker wurde Kollege Otto Filling einstimmig gewählt. Betreffs Arbeitslosenkontrolle wurde bestimmt, daß in vier, den einzelnen Stadtteilen entsprechend liegenden Werkstellen Stempel niedergelegt werden, und jeder Kollege die Pflicht hat, sich als Arbeitsloser hier die Woche zweimal sein Verbandsbuch abstempeln zu lassen. Daß betrefft der Maifeier in zwei Werkstellen es einige Kollegen für notwendig hielten zu arbeiten, trotzdem ihre Mitarbeiter am 2. Mai ausgeperrt wurden, gab Anlaß zu einer lebhaften Debatte. Es wurde dieses von allen Rednern als unsolidarisch bezeichnet und den Betreffenden seitens der Versammlung eine Rüge erteilt. Aufgenommen wurde ein Kollege.

**Hammelbach.** Die hiesigen Kollegen stehen im Streit. Die Forderungen lauten: 1. Beseitigung des wilden Affordsystems und Einführung eines Stundenlohns von 40—45 und 50 Pfg.; 2. Einführung einer richtigen Arbeitsordnung; 3. Regulierung der Lohnauszahlung. Es besteht in den meisten Geschäften ein Zahltagsschluß von 14 Tagen, 8 Wochen und sogar 4 Wochen. Das muß abgeschafft werden; wir verlangen alle 4 Tage den verdienten Lohn. Unfre minimalen Forderungen wurden von den Meistern glatt abgelehnt. Vielleicht bequemem sich diese Herren, nachdem der Kampf begonnen hat, zu Unterhandlungen.

**Lahr.** Die Lohnbewegung sowie der Streik bei der Firma Müller wurde zugunsten der Kollegen beendet. Der Tarif wurde vollständig anerkannt. Die Arbeit wird bloß im Stundenlohn ausgeführt. Der Minimalstundenlohn beträgt 65 Pfg. Die Arbeitszeit ist die gesetzlich neunstündige. Bei der Firma Müller, wo unsre Kollegen im Streit standen, hatten wir ziemlich zu kämpfen, denn Herr Müller glaubte unbedingt sein wildes Affordsystem fortführen zu können. Schon vor Ausbruch des Streiks wurde die Lohnkommission bei genannter Firma einigemal vorstellig, aber Herr M. gab bloß zur Antwort, er wolle vor April nächsten Jahres keinen Vertrag abschließen. (Wahrscheinlich wegen der geplanten Bauarbeiterausperrung Wabens?) Es wurde nun bei Ausbruch des Streiks sofort das

**Gewerbegericht als Einigungsamt** angerufen. Selbst diese Unterhandlung scheiterte, trotz der Anwesenheit unsres Gauleiters. Hier machten sogar die Unternehmer den Vorschlag, auf 50 Pfg. Minimallohn einzugehen. Nach längerer Unterhandlung schlug der Vorsitzende des Gewerbegerichts noch 5 Pfg. dazu. Es wurde nun am 13. Mai eine Versammlung einberufen, in welcher Gauleiter Braun anwesend war und eine Resolution gefaßt, daß die Versammlung mit diesem Vorschlag nicht einverstanden ist und die Kommission beauftragt, weitere Schritte zu tun. Diese Stellungnahme zog, und nach mehrmaligen Verhandlungen konnte auch Herr Müller unsere Forderungen an. Die Zahlstelle Lahr hat mit dieser Lohnbewegung einen schönen Erfolg errungen. Den Meistern konnte erst durch die Arbeitsniederlegung Respekt beigebracht werden. Hoffentlich sind sie in Zukunft gefügiger.

**Mühlhausen (Elsaß).** Von den meisten unserer Kollegen wird Mühlhausen als ein Eldorado für die Steinarbeiter betrachtet, da hier ein geregelter Tagelohnsystem herrschen soll. Auch wird die rege Bautätigkeit von seiten der Stadterhaltung in Betracht gezogen, was bekanntlich für uns ein günstiges Lastenheft eingeführt war. Nehmen wir nun die Verhältnisse an, wie sie wirklich gestaltet sind, so ergibt sich aus den Platzberichten, daß von den hiesigen Steinmeßgeschäften 12 Geschäfte sind, die früher immer von 6 bis 35 Mann beschäftigten, und jetzt beschäftigten diese 12 Unternehmer zusammen bloß 20 Mann; die andern 5 Großmeister beschäftigten 70 Mann. Stellen wir nun die Zahl der Steinmeßgeschäfte fest, so haben wir 17 Meister, die zusammen 90 Mann beschäftigten, was einen Rückschlag gegen voriges Jahr und früher von mindestens 150 Mann bedeutet. Grund dieses Rückschlages ist: 1. Die Verwendung von Zementsteinen an Stelle der Sandsteine und 2. werden große Bauten hier vergeben, wie die Kaserne, zu denen die Haussteine aus den Steinbrüchen von Pfalzberg (wo bekanntlich noch wilder Afford herrscht) bezogen werden, weil sie dort billiger angefertigt werden. Ja, selbst die Stadterhaltung unterstützt den Bezug von fertig bearbeitetem Material an städtischen Bauten trotz Lastenheft (womit wir uns später noch befassen werden). Auch jeder Meister, wenn irgend tunlich, bezieht seine Arbeit fertig aus den genannten Steinbrüchen. Nach diesen geschilderten Umständen kann also unfre Lage hier keine rosig sein. Was nun die Lohnfrage anbetrifft, so ist dieselbe hier noch lange keine geregelte, da wir einen Vertrag mit den Unternehmern bis jetzt nicht heiligt; dieselben bezahlen eben nach Willkür, das heißt von 54—65 Pfg. pro Stunde. Hingegen haben wir durch unermüdliches Arbeiten unserer Organisation und mit Beihilfe der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion die Festsetzung des Stundenlohns von 65 Pfg. an städtischen Bauten errungen. Es sind aber auch diejenigen Kollegen, die den Stundenlohn von 60 auf 65 Pfg. am meisten erkämpft haben, gerade durch teilweise Maßregelungen betroffen worden, indem dieselben von den Unternehmern nicht mehr eingestellt werden. Die reisenden Kollegen tun also gut, Mühlhausen zu meiden.

**Oberlungwitz.** Am 16. Mai tagte im Kasino eine öffentliche Steinarbeiterversammlung, welche sich mit der Gründung einer Zahlstelle beschäftigte. Kollege Wunderlich-Chemnitz wies in seinem Referat auf den Nutzen und Wert der Organisation hin, wie mit Hilfe derselben geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber (Tarife) abgeschlossen wurden. Im weiteren schildert er den Entwicklungsgang der Steinarbeiterorganisation vom Jahre 1890 bis jetzt. Zahlenmäßig wies er das Anwachsen der Mitglieder sowie die Vermehrung von Zahlstellen nach. Nachdem dieser Vortrag mit größter Aufmerksamkeit entgegengenommen war, schritt man zur Gründung der Zahlstelle. Es ließen sich auch gleich 14 Kollegen als Mitglieder des Verbandes eintragen. Folgende Kollegen wurden in den Vorstand gewählt: Kollege Semper als erster Vorsitzender, Kollege Gustav Wiesemann als Kassierer, als Schriftführer wurde Kollege Robert Greif und als Revisoren die Kollegen Weißbach und Unger gewählt, sämtliche wohnen in Oberlungwitz. Nach Wahl des Gesamtvorstandes wies der Referent sowie der Vorsitzende und verschiedene Kollegen nochmals darauf hin, als festes Mitglied tätig zu sein. Nach Zurufen der Kollegen, dem Verband treu bleiben zu wollen, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Pirna.** Am 23. Mai hielten die Steinarbeiter eine Versammlung ab. Die Kommission, die mit den Meistern zu verhandeln hatte, gab zunächst einen Bericht über die erste Sitzung vom 22. Mai, nachmittags 5 Uhr. Aus diesem Bericht ist zu ersehen, daß unserseitig die Tagelohnforderung endgültig fallen gelassen ist und nur noch die Forderung auf Einführung des Dresdner Tarifs mit allen seinen Anhängen gestellt wird. Gegn diese Forderung wurden nun von seiten der Unternehmer allerhand Einwendungen gemacht. Schließlich machte der Vorsitzende die Mitteilung, er habe im Namen seiner Kollegen die Erklärung abgegeben: Die Forderung des Dresdner Tarifs würde von den Meistern abgelehnt. Die Meisterschaft mache aber der Gesellschaft den Vorschlag, auf den am 15. Mai 1907 abgelassenen Pirnaer Tarif für Dresdner Arbeit, mit Ausnahme von Pirna, einen Zuschlag von 10 Proz., für alle auswärtigen Arbeiten auf den Pirnaer Tarif 3 Proz. zu gewähren! Obiger von den Meistern gemachte Vorschlag wurde nun in der Versammlung zur Debatte gestellt. Die Debatte ergab, daß von sämtlichen Rednern der Vorschlag der Meister mit Entrüstung abgewiesen wurde. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Steinmeßer von Pirna und Umgegend erklären das Zugeständnis der Arbeitgeber als unannehmbar und betrachten dies Zugeständnis als eine direkte Verhöhnung der berechtigten Ansprüche der Arbeiter. Sie weisen mit Entschiedenheit den Vorwurf zurück, nur Faulheit der Arbeiter sei daran schuld, daß wenig verdient werde und bleiben nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, daß, da von uns die Einführung eines einheitlichen Tagelohnes fallen gelassen wurde, die Bezahlung der Arbeit nach Dresdner Tarif zu erfolgen hat, da derselbe durch Erhöhung der Grundpreise das zu geben vermag, was uns durch die Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel entzogen wurde. Sie erwarten deshalb weitere Zugeständnisse der Arbeitgeber und versprechen, sofort bei denjenigen Arbeitgebern die Arbeit aufzunehmen, die sich bereit erklären, nach Dresdner Tarif zu bezahlen, das heißt, sich der Tarifgemeinschaft mit Dresden anzuschließen.“ Auf diese Forderung ist uns nun am 26. Mai von den Arbeitgebern folgendes Schreiben zugegangen: „In Ihrer Zuschrift vom 24. Mai verlangen Sie, auf eine Tarifgemeinschaft mit Dresden einzugehen. Wir erklären Ihnen wiederholt und auf das bestimmteste, darauf nicht einzugehen. Wollen Sie mit uns in weitere Verhandlungen treten, so kann das nur auf Grundlage unsres Pirnaer Tarifs geschehen, das heißt in Form eines prozentualen Aufgebotes auf denselben. Wir haben Ihnen 3 Proz. für auswärtige Arbeit als Zuschlag auf denselben geboten, wollen dieses Gebot auf 5 Proz. erhöhen und nach wie vor für Dresdner Arbeit 10 Proz. Zuschlag bewilligen. Auf Grund eines andern Modus erklären wir, weitere Verhandlungen nicht aufzunehmen.“ Bemerkte muß hierzu werden, daß hieselbst zwei Arbeitgeber nach Dresdner Tarif bezahlen, die Tarifgemeinschaft anerkennen und genau unter denselben Verhältnissen konkurrieren, wie die andern fünf Arbeitgeber. Ferner sei bemerkt, daß der Dresdner Tarif vor einigen Jahren auch für Pirna und Umgebung Gültigkeit hatte. Also damals war eine Tarifgemeinschaft möglich, heute wollen uns die Pirnaer Unternehmer glaubhaft machen, daß, wenn diese Tarifgemeinschaft wieder eingeführt würde, sie nicht mehr konkurrenzfähig wären. Dieses Märchen den Gefellen aufzuhängen, ist geradezu grotesk. In den Streit traten 180 Kollegen, davon sind schon viele abgereist.

**Ströbel.** Die am 24. Mai tagende Versammlung war äußerst stark besucht. Außer den 200 Streikenden fanden sich auch viele Frauen zur Versammlung ein. Kollege Staubinger Leipzig referierte über das Thema: Warum muß hier die Unternehmerrutalität gebrochen werden? Nebner meinte, ein solcher Kampf wie hier, sei innerhalb unserer Organisation noch nicht geführt worden. Die Arbeiter sind hier als Hörige an die Fesseln des Kapitalismus geschmiedet. Von einer „freien“ Arbeitererschaft sei in Ströbel keine Rede. Es seien bloß die Mietverträge und die Prämien genant. Die herangelassenen Ausländer sollten die Einheimischen schachmatt setzen. Die Ausländer seien mit Weib und Kind abgereist, auch viele Einheimische. Die Chancen des Sieges für die Streikenden sind desto größer. In den schlesischen Zahlstellen Gnadenzet, Breslau, Mittelsteine und Umgebung, Striegau-Gäslitz, Bunzlau und Umgebung, wo weit über 2000 Verbandsmitglieder schaffen, sind Tarife abgeschlossen; es muß uns auch im hiesigen Gebiet gelingen, einen Einfluß auf die Lohnverhältnisse auszuüben. Sollten wir wieder Ermatten diesmal unterliegen, so legen wir bei geeigneter Zeit unsern Wechsel vor. Alle Anstrengungen der Unternehmer, unfre Zahlstelle zu vernichten, werden sich als erfolglos erweisen. Um den Unternehmern ihre Brutalität auszutreiben, müssen die kämpfenden standhaft sein. Der Kampf geht ungeschwächt weiter und es sei zu hoffen, den Unternehmern die bescheidenen Forderungen abringen zu können. Die Arbeiter sind zu Verhandlungen jederzeit bereit. Ganz schlaun wollen aber die Unternehmer sein. So sagte dieser Tage der Sohn eines derselben, daß, wenn die Arbeit bald wieder aufgenommen würde, sich die Unternehmer zu Lohnhöhungen herbeiließen. Auf die Frage eines Arbeiters, wann denn diese eintreten könnte, wurde erwidert, daß dies noch im Laufe dieses Jahres geschehen könne! Auf diese nichtsagende Versprechung gehen die Arbeiter natürlich nicht ein und sind fest entschlossen, nicht eher wieder das Handwerkszeug zur Hand zu nehmen, bis die Unternehmer schriftliche Zusagen gegeben haben; denn mit den bloßen Versprechungen haben die Arbeiter schon böse Erfahrungen gemacht. An den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion. Beschlossen wurde, daß die 30 Kollegen in Gublaw zu kündigen haben; der Unternehmer liefert Streikarbeit. Die Streikenden halten musterhafte Disziplin, die drei nach Ströbel beorderten berittenen Gendarmen wurden wieder abkommandiert. Es gab für sie keine Arbeit. In eindringlicher Weise legte der Referent im Schlußwort den anwesenden Frauen dar, warum unserseitig der Kampf mit solcher Ausdauer geführt wird. Nebner zeigte den Frauen ziffernmäßig, wie miserabel die Lohnverhältnisse der Arbeiter sind, und wie dadurch am Haushaltungsbudget die Frauen immer Abstriche machen müßten. Ueberall erblickt man Not und Entbehrung. Die meisten Arbeiter stehen im Schuldbuche der Unternehmer, denn der Wochenverdienst sei so miserabel, daß die laufenden Wirtschaftsausgaben nicht gedeckt werden können. Referent meint, wie lange sollen solch menschenunwürdige Zustände noch fortbestehen? Jetzt ist der Kampf durch die Provokation der Unternehmer entwannt, von einem Zurück könnte keine Rede sein. Unser Gauleiter Lohse wurde beim Gemeindefestator Herrn Dr. Junk in Schmeidnitz vorstellig zwecks Anbahnung von Unterhandlungen. Dieser Herr setzte sich sofort mit den Unternehmern in Verbindung, diese aber verlangen bedingungslose Aufnahme der Arbeit und dann erst sollen Zugeständnisse gemacht werden. Die Streikenden lehnten mit Recht einmütig die Zumutung der Unternehmer ab. Wollen die Unternehmer den Frieden, dann können sie ja die Zugeständnisse selbst machen. Die Kollegen haben schon früher genügende Versprechungen bekommen, die allerdings nicht innegehalten wurden. Das bisherige Verhalten der Unternehmer ermahnt uns zur Vorsicht. Wir fragen die Meister, warum sie jetzt die Zugeständnisse nicht machen wollen? Die Kollegen kennen die Sirenenfänge. Wir geben den Unternehmern die Versicherung, würde am 3. Juni ein Tarif abgeschlossen, so kann am 4. schon die Arbeit aufgenommen werden. Billige nichtsagende Versprechungen aber können den Streikenden nicht imponieren. Mit einem begeisterten Hoch auf unsern Verband fand die äußerst anregende Versammlung ihr Ende.

**Sulzfeld.** Am 25. Mai tagte im Gasthaus zum Löwen eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung. Zum 1. Punkt sprach unser Vorsitzender, Kollege Maier, über den Zweck einer gut geführten Statistik. Die bisherigen Bemühungen unsres Gauleiters Braun aus Straßburg haben in Sulzfeld gute Früchte getragen. Das bewies auch unsre heutige Versammlung. Die Zahlstelle zählt jetzt 130 Mitglieder, aber viel ist noch zu arbeiten. Darum herbei, Kollegen, schließt euch der Organisation an, daß auch hier die Arbeitsverhältnisse gebessert werden können.

## Unterliegt die Streikunterstützung der Einkommensteuer?

Die Gauleitung des Zentralverbandes der Maurer in Dresden hatte an das sächsische Finanzministerium eine Eingabe gerichtet, in der diese Frage aufgeworfen war. In der jetzt darauf eingegangenen Antwort klärt das Finanzministerium diese Streitfrage in einem der Arbeitererschaft einseitigen Sinne, entscheidet aber auch, daß im Gegensatz zu einer weitverbreiteten Auffassung die zur Verbandskasse gezahlten Beiträge keine abzugsfähigen Ausgaben im Sinne des § 15, Ziffer 1 und 3, des Einkommensteuergesetzes seien. Das Schriftstück des Ministeriums hat folgenden Wortlaut:

Auf die in der Eingabe vom 13. März 1907 enthaltene Anfrage wird dem Vorstand des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands für den Gau Dresden mitgeteilt, daß die Steuerpflichtigkeit der aus der Verbandskasse an ausständige Maurer gewährten Unterstützungen nach § 19 Ziffer 3 des Einkommensteuergesetzes zu beurteilen ist. Dieser Bestimmung zufolge sind die bezeichneten Unterstützungen in der Hand ihrer Empfänger steuerpflichtig, wenn sich der Verband zu ihrer Verabreichung rechts gültig verbindlich gemacht hat, den Empfängern also ein klagbares Recht auf jene Unterstützungen zusteht. Erfüllt diese Voraussetzung nicht, so sind die gezahlten Unterstützungsbeiträge kein Bestandteil des steuerpflichtigen Einkommens der Empfänger, sondern gehören zu den in § 15 Ziffer 2 des Einkommensteuergesetzes erwähnten außerordentlichen Einnahmen. Sollten solche freiwillig gewährte Unterstützungen gleichwohl dem steuerpflichtigen Einkommen der Empfänger hinzugerechnet worden sein, so ist den letzteren anheimzugeben, ihre Einkünfte im geordneten Rechtsmittelwege anzufechten.

Die zur Verbandskasse gezahlten Beiträge fallen nicht unter die nach § 15 Ziffer 1 und 3 des Einkommensteuergesetzes abzugsfähigen Ausgaben.

Finanzministerium, I. Abteilung.  
Dr. Schroeder.

Wohl in keiner der deutschen Gewerkschaften steht den Mitgliedern ein klagbares Recht auf die Unterstützungen zu, die Streikunterstützung sowohl wie alle übrigen Unterstützungen sind also in der Regel als steuerfrei zu betrachten. Was aber die Beiträge zur Verbandskasse betrifft, erscheint es uns doch nicht unbedenklich, so ohne weiteres den Gesamtbeitrag als nicht abzugsfähig zu erklären. § 15, Ziffer 3a, des Einkommensteuergesetzes bezeichnet als abzugsfähig „die von den Vertragspflichtigen gesetz- oder vertragsmäßig zu leistenden Beiträge zur Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung“.

...ung, Witwen-, Waisen-, Pensions- und Sterbefällen". In einer Reihe von Gewerkschaften besteht aber die Krankenunterstützung, in einigen andern auch die Invalidenunterstützung und Sterbefällen. Nach dem Wortlaut und dem Sinne des angezogenen Paragraphen müßte also mindestens der Teil des Verbandsbeitrags, der auf diese Unterstützungsabteilung fällt, abzugsfähig sein. Sind diese Beiträge auch keine gesetzlichen, so doch sicher vertragsmäßige, denn es kann wohl nicht bestritten werden, daß eine Person mit ihrem Eintritt in eine Gewerkschaft mit dieser ein Vertragsverhältnis eingeht, das auf wenn auch nicht flagbarer Leistung und Gegenleistung beruht.

Sonach erscheint uns die Entscheidung des Ministeriums anfechtbar und wert, durch ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts korrigiert zu werden.

## Rundschau.

Ein habscher adliger Großgrundbesitzer und Steinbruchbesitzer als Agitator für die christlichen Gewerkschaften. Der Freiherr von Gölzer in Sulzfeld, ein stammer Agrarier, der für hohe Brot- und Fleischpreise kämpft, der, als die Gemeinde beschloß, das Schulgeld auf die Umfragen zu legen, sich weigerte zu zahlen resp. den Beschluß anzuerkennen, schickte an den Vorsitzenden des freien Steinhauerverbandes folgendes Schreiben:

Sulzfeld, den 3. Mai 1907.

Beifolgend sende ich Ihnen das Statut des christlich und national gesinnten Zentralverbandes der Steinarbeiter. (Ein solcher Zentralverband existiert ja gar nicht. Red. d. Steinarb.) Würden Sie oder andre hiesige Steinhauer sich diesem Verbands anschließen, so würde ich gerne jederzeit mit Rat und Tat an die Hand gehen und auch zwischen Meistern und Arbeitern zu vermitteln suchen.

Ich könnte auch veranlassen, daß der Gewerkschaftssekretär Kott von Karlsruhe hierher käme, um Ihnen nähere Mitteilungen zu machen. Ihre Bestrebungen im allgemeinen billige ich durchaus, aber nicht den Boden, auf welchem Ihr Verband aufgebaut ist. Kommen Sie nur zu mir, wenn Sie über diese Frage mit mir reden wollen.

Mit freundlichem Gruß

G. v. Gölzer.

Dieser adlige Großgrundbesitzer scheint zu glauben, daß die Einwohner von Sulzfeld noch seine Leibeigenen seien, denen er beschreiben kann, wie und wo sie sich organisieren sollen. Aus dem ganzen aber geht klar hervor, wie sehr die Aufklärung und das Licht gefürchtet wird, das die freien Gewerkschaften verbreiten. Das Schreiben gewährt aber auch einen Einblick, wie und mit wem die christlichen Führer hinter den Kulissen schachern.

Es ist wirklich interessant, zu sehen, welche „hohe“ Gönner die christlichen Arbeiterorganisationen aufweisen können.

Ergänzung der Redaktion des Bauhilfsarbeiter. Nach einem Beschlusse des letzten Verbandstages erscheint der Bauhilfsarbeiter jetzt im achtseitigen Format. Gleichzeitig mit diesem wurde noch der Beschluß gefaßt, einen weiteren Redakteur anzustellen und dessen Wahl dem Vorstand und Ausschuss übertragen. Von den Bewerbern, die sich für die Redakteurstelle gemeldet, ist der Genosse Albert Nöste von beiden Körperschaften einstimmig zum Redakteur gewählt. Genosse Nöste, der zurzeit Parteisekretär der hamb. sozial. Landesorganisation ist, war früher Gauleiter des Holzarbeiterverbandes und ein Jahrzehnt hindurch Redakteur der Holzarbeiterzeitung bis zu ihrer Verlegung nach Stuttgart. Als die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ihren Sitz nach Hamburg hatte, bekleidete Genosse Nöste mehrere Jahre hindurch das Amt eines Kassierers in derselben.

Vom Submissionswesen. In der Dortmunder Arbeiterzeitung lesen wir: Bei der Ausschreibung des städtischen Wasserwerks auf Verlegung seiner Wasserleitung von 6000 Metern Länge gab unter 18 Firmen, die sich an der Submission beteiligten, das niedrigste Gebot eine Firma in Bremen mit 57 210 Mark ab. Dann folgt eine Firma in Ostrop i. W. mit 75 000 Mark. Das Höchstgebot einer Firma in Schöneberg bei Berlin beträgt 526 550 Mark, das nächste Gebot einer Paderborner Firma 251 620 Mark.

Da ist jedes Wort der Kritik nur geeignet, die Wirkung abzuschwächen.

Ein Gewerkschaftshaus in Bremen. Am Sonnabend nachmittags ist in Bremen die Grundsteinlegung des Gewerkschaftshauses erfolgt. Arbeitersekretär Jabbach hielt im Namen des Gewerkschaftskartells eine Ansprache. Der Bau wird voraussichtlich am 1. Oktober 1907 seiner Bestimmung übergeben werden können. Die Gesamtkosten des Baues stellen sich auf 550 000 Mk.

Die Steinhauer und Steinhauerarbeiter der Solnhofener Brüche und der in der Nähe gelegenen Orte Wärsheim und Langenalthem sind sämtliche in den Ausstand getreten, weil ihnen die geforderten Löhne nicht bewilligt wurden. An dem Streik sind ca. 1500 Arbeiter beteiligt. Die Streikenden gehören dem christlichen Hilfsarbeiterverband (Sitz München) an.

Die Berliner Bäcker haben den Kampf aufgenommen. Am 28. Mai nachmittags wurde in einer starkbesuchten Bäckerversammlung der Streik beschlossen. Es kommen 2500 Betriebe mit 4000 Gesellen in Betracht. Die Gehilfen nahmen am Abend in den Betrieben, die die neuen Forderungen nicht anerkennen, die Arbeit nicht wieder auf. Wie in der Versammlung mitgeteilt wurde, haben von rund 2700 Bäckereien 1500 Betriebs mit etwa 5000 Gesellen erst 200 Betriebe mit rund 800 Gesellen die neuen Arbeitsbedingungen — Abschaffung von Kost und Logis beim Meister, Mindestwochenlohn 23 Mark, paritätischer Arbeitsnachweis, einen freien Tag in der Woche — angenommen.

Die Aussperrung der Metallarbeiter im Mainau hat nicht den Umfang angenommen, den bürgerliche Blätter melden. Statt den angekündigten 18000 Mann (davon 8000 allein in Frankfurt) sind nur in 14 Betrieben 1800 bis 1900 Mann ausgesperrt. Gar manchem der Unternehmer kommt die Aussperrung herlich unangenehm und ist dadurch allein schon die Hoffnung gegeben, daß die ganzen Differenzen noch im Laufe dieser Woche beigelegt werden. Allerdings droht Lahmeyer 2800 Mann und Meyer 2100 Mann am Freitag auszusperrn. Andererseits haben aber auch die nicht-geklündigten 40 Prozent Metallarbeiter ihre Kündigung eingereicht. Die Verhandlungen werden weitergeführt.

Belasteter Arbeiterführer. Der Ordensregen, der am Königs Geburtstag niedergegangen ist, dürfte, so schreibt die Sächsische Arbeiterzeitung, auch für die Dresdner Arbeiter nicht ganz uninteressant sein, weil zwei sogenannte Arbeitervertreter unter den Glücklichen sich befinden. So hat der Leiter der Dresdner Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften, Herr Berndt, das allgemeine Ehrenzeichen erhalten. Er wird es verdient haben, sonst hätte er es nicht bekommen! Neben ihm glänzt mit der bronzenen Friedrich-August-Medaille der Gewerkschaftsbeamte Hartmann, zweiter Vorsitzender des Evangelischen Arbeitervereins. Beide Herren waren zur Hottentottenwahl agitatorisch tätig — gegen die Sozialdemokratie. Herr Berndt war in einigen Kreisen als Zählkandidat aufgestellt und Herr Hartmann versuchte sich mehreremal in sozialdemokratischen Versammlungen als nationaler Renommierarbeiter. Beide haben also den Arbeiter- und Volksfeinden in die Hände gearbeitet. In Zukunft werden sie vielleicht mit belasterter Brust ihrer Tätigkeit mehr Erfolg zu verschaffen suchen.

mi. Mlutoffer der Unternehmer. Einen tragischen Tod hat der Hafnarbeiter Richard Steinorth in Königsberg, der auch

zu den von den Handelsherren auf Pflaster geworfenen Hafenarbeitern gehörte, erlitten. Er war vor einigen Tagen verhaftet worden, weil er an den Schlägereien zwischen Aussperrten und Arbeitswilligen teilgenommen haben sollte. Im Gerichtsgefängnis ist er nun irrsinnig geworden und gestorben!! Die lassenbewußte Arbeiterzeitung wird das Aussehen dieses Unglücklichen in Ehren zu halten wissen. Die Aussperrung hat somit schon drei Opfer gefordert. Zwei Arbeitswillige, die mit der Arbeit auf den Schiffen nicht vertraut waren, fielen ins Wasser und ertranken — trotzdem der Hafen von Holzgeräten wimmelte. Aber diese waren nicht imstande, sie zu retten. Und jetzt ist ein Aussperrter irrsinnig geworden und hat den Tod erlitten. Andre wiederum befinden sich in Untersuchungshaft. Alle diese Opfer haben die „freisinnigen“ Handelsherren auf dem Gewissen; jetzt scheint es, als ob sie sich zu Verhandlungen bequemen werden. Inzwischen zeigen ihnen auch schon wieder die Arbeitswilligen aus.

ac. Bestraftes Streifbrechertum. Die Genfer Arbeiterunion hatte gegen einen Müller Klage erhoben, weil dieser entgegen seinem schriftlich gegebenen Versprechen, an seinen streikenden Kollegen zum Vertreter geworden war und Streifbrecherarbeiten verrichtet hatte. Das Genfer Gericht verurteilte den Streifbrecher wegen Vertragsbruchs zur Zahlung einer Entschädigung von 100 Fr. an den Verband. Das Bundesgericht, bei dem der Verurteilte Rekurs einlegte, bestätigte das erstinstanzliche Urteil und verpflichtete ihn außerdem noch zur Rückzahlung der empfangenen Streifunterstützung.

## Vom Schlafe erwacht.

(Zum gewonnenen Streik im Fichtelgebirge.)

Gleich den Hereros in Afrika  
Erging es auch unsern Kollegen,  
Sie wandelten, noch unbefestigt von Kultur,  
Auf recht unwirtlichen Wegen.  
Zwar strahlte die Natur im duftigen Grün,  
Die Fichten im Frühlingsskleide,  
Doch hatten die Kämpfer hierfür keinen Sinn,  
An Mutter Natur keine Freude.  
Hier galt es von morgens bis in die Nacht  
Für kargen Lohn wader schaffen,  
Es schwinget das Gepter das Kapital,  
Die Geldproben ihre Waffen.  
Doch wenn dann spät Abends beim Kerzenschein  
Die fleißigen Hände erlahmen,  
Der Schlaf sich drängt in die Augen hinein,  
Die Müdigkeit bricht sich Bahnen,  
Dann steigt wohl manch Seufzer aus tiefster Brust  
Zum nächtlichen Sternenhimmel,  
Wo bleibt ihr mit eurer Schaffenslust  
In diesem Erdengewinnem?

Da drang aus grauer Ferne aus Ohr  
Ein Wort von großer Bedeutung,  
Das sich bis tief ins Gebirge verlor  
Gleich einer elektrischen Leitung,  
Und gleich wie der Blitz in ein Bauernhaus  
Durchfuhr es die Herzen der Traven,  
Es war ihnen allen, als hätten sie  
Die schönsten Jahre verschlafen.

Sie sind jetzt erwacht, der Kampf ist vorbei,  
Ein Einheitstarif ist geschaffen,  
Recht so, Ihr Männer der Industrie,  
Den Schlag pariert mit den Waffen.

Jenny Horn.

## Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Frankfurt (Ober). Vom 1. Juni ab wird die Reiseunterstützung im Gewerkschaftshaus ausbezahlt.

Schnitz. Das Gewerkschaftskartell zu Schnitz gibt bekannt, daß die Bibliothek am 1. Juni eröffnet wird und die Benutzung den Kollegen der Zahlstelle zur Verfügung steht. Beleggebühr pro Woche 5 Pf., die ersten 14 Tage frei. Ausgabezeit ist Freitags, abends von 7—8 Uhr und Sonntags, von 11—12 Uhr.

Hilfensberg. Wir eruchen um die Adressen-Angabe des Steinmehrs Janzi Gustav aus Erles, geboren am 17. Juli 1863, Kraus, Kassierer, Poppentauer Str. 8, II.

Zadel. Das Buch 47499 auf den Namen Karl Bachora lautend, ist auf dem Wege von Zadel nach Radeburg verloren. Dasselbe ist, wenn es gefunden worden, an den Kassierer Wilhelm Münch, Zadel Nr. 1B, zu senden.

## Adressen-Hendungen.

Röln II. Vorf.: Ferdinand Barth, Röln-Sülz, Weyer-tal 41.

Grünfeld. Vorf.: Anton Bau. Kass.: Jonas Rumpel.

Hodenau-Rendorf. Vorf.: Max Sieblich, Löwenberg, Klosterstraße 128.

Wiesbaden. Vorf.: F. Eisenberger, Eltviller Str. 18, II. Kass.: Karl Beckmann, Wellstr. Str. 44, II.

Hilfensberg. Kass.: F. Litzge, Stintmarkt 15, I.

Ostherz. Vorf.: Heinrich Botermann, Rensstädter Str. 25.

Schmalsteden. Vorf.: Franz Brich, Schmiedehof 34. Kass.: Arno Schönstedt, Reihersgasse 28.

Potsdam. Vorf. und Kass.: Karl Muß, Saarmunder Str. 21.

## Quittung.

Eingegangene Gelder vom 20. bis mit 25. Mai 1907.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: E. = Beitragsmarken, K. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenzinsen, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inzerate.)

Mannheim, B. 230.—, M. 0.75, K. 25.—; Neuhaus, B. 7.22, E. 0.50, M. 0.28; Springs, B. 168.—, K. 10.—; Würges, B. 31.28, E. 0.50, K. 1.80; Wänschelburg, B. 140.30, M. 5.—, M. 1.35, K. 8.10; Witten, B. 46.—, K. 0.05; Gerdecke, B. 46.—, K. 20.—; Augsburg, B. 138.—; Kottbus, B. 4.50; Welpke, B. 14.20; Wismar, B. 3.40; Brombeck, B. 5.50; Lippstadt, B. 6.15; Ober-Prüfchen, B. 4.—; Schaaheim, B. 10.—; Brenslau, B. 5.70; Neustettin, B. 4.50; Gröben, B. 42.78, E. 1.—, K. 3.40; Grünfeld, K. 30.—; Hoof I., K. 30.—; Regenborn, B. 95.88, E. 9.—; Reiffenbauern, B. 63.—; Wiesbaden, B. 184.—; Oberlungwitz, B. 4.94, E. 6.—; Oppach, B. 432.16, E. 1.50, M. 0.30, K. 20.—; Königslutter, B. 104.88, E. 1.25; Konstantz 126.—; Horta, B. 76.—, E. 1.—, M. 3.50; Greiß, B. 46.—, K. 10.—; Ebelshach, B. 42.—; Niedlingen, B. 2.75; Hoffstet, B. 6.50; Duchenu, B. 7.55; Saalburg, B. 1.75; Giersleben, B. 6.60; Pfaffenborn, B. 3.80; Neuhaubensleben, B. 6.05; Langenfelde, Ins. 6.—; Derdingen, B. 114.—, E. 10.—; Nürnberg, B. 460.—, M. 1.25, K. 40.—; Nebra, B. 82.80, E. 8.75, M. 0.15, K. 80.20; Löwenberg, B. 253.—; Regensburg, K. 23.50; Reiffenhäusen, K. 10.—; Seebach, B. 280.—, E. 5.—, K. 10.—.

Ludwig Geiß, Kassierer.

## Briefkasten.

Ebersbach. Gegen Nachnahme verleihe Du das Buch nicht. Betreffender soll nur zuvor den Betrag einsenden. — Offenbach. Wir kennen die Firma nicht. — Aßpendt, R. Du bist im Irrtum. Auf die weitere Zusendung warte ich mit Schmerzen. — Handeröder. Der Ausschluss muß beim Zentralvorstand begründet werden. — Heidsieckfeld. Wir waren gutmütig genug, die Notiz zu veröffentlichen, die eingesandte Richtigstellung, welche nicht aufgenommen wird, veranlaßt uns, in Zukunft das, was nicht direkt Verbands-

angelegenheiten sind, bürokratisch — abzulehnen. Unsere Gemütslichkeit ist nun aber zu Ende. — Binder. Besten Dank für die Nachricht, Ueber die Hinterziehung von Verbandsbeiträgen erscheint demnächst ein Artikel. — Brotterode. Besten Dank für den Bescheid. Das Gebahren des Genannten werden wir gelegentlich mit großer Deutlichkeit kennzeichnen. — Pittsburg. Diese Kritik können wir nicht bringen, indem wir die amerikanischen Gewerkschaftsverhältnisse zu wenig kennen. — Striegau. Wir können wohl die Ausschreibung wegen den paar Pfennigen unterlassen. Ihr habt ja eine gefüllte Lotalkasse.

Giltige Berichte und Artikel mühten für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

## Anzeigen.

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)



**Albert Baumann**  
Werkzeugfabrik  
Aue (Erzgeb.)  
**Preisliste**  
über alle  
**Steinmetz-Geschirre**  
versende gratis!  
Lieferung sofort.

**Spezialhaus für Berufskleidung**  
Eigene Anfertigung  
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.  
Zadets, Hosen  
**Emil Keidel, Hamburg 8**  
Bartelsstraße 101.

**Betriebsführer.**  
Für einen intensiv betriebenen erstklassigen Basalt-Steinbruch mit einer Belegschaft von zurzeit 120—150 Arbeitern, die aber in absehbarer Zeit erhöht wird, wird ein im Basalt-Steinbruchbetrieb erfahrener, mit der Herstellung von Pflastersteinen, Kopfsteinen, Schußsäulen, Kleinschlag usw. durchaus vertrauter und in schriftlichen Arbeiten mindestens einigermaßen gewandter, zuverlässiger Betriebsführer zum möglichst baldigen Eintritt gesucht. Gehalt nach Uebereinkunft.  
Meldungen mit Lebenslauf und Zeugnisausschnitten sind unter W. B. 100 an die Expedition dieser Zeitung einzureichen.

**30—40 tüchtige Steinmehrer**  
finden sofort dauernde Beschäftigung. Bezahlt wird nach dem vom 1. April 1907 erhöhten Bunzlauer Tarif.  
Auch kann ein erprobter Arbeiter zum Steintransport und der Bedienung des elektrischen Krähns Anstellung finden. Auskunft erteilt Ladislaus Fribylek, Polter bei der Firma Rosenthal in Beuthen (Oberschlesien).

**3 tüchtige Steinmehrer**  
(auf Sandstein und Verzierung, geputzte Granitarbeit, Schrift hauen) per sofort gesucht.  
G. W. A. Horn, Steinmehrmelster  
Gusum (Provinz Schleswig).

**Tüchtige Hand- u. Maschinenschleifer**  
finden bei gutem Lohn dauernde Stellung.  
Granitwerk Steinerne Renne, A.-G.  
Wernigerode am Harz.

**Handschleifer**  
finden sofortige dauernde Beschäftigung.  
Gothaer Granitwerke, Gotha.

**Einige Hand- und Maschinenschleifer**  
sogleich gesucht.  
R. Lauschke & Co., Granitwerk Einbeck.

**Erklärung.**  
Erkläre hiermit, daß ich die Verdächtigung gegen die Mainzer Lokalverwaltung und frühere Streikleitung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehme. Ich habe mich über das richtige Vorgehen der Streikleitung nachträglich überzeugt.  
Vinzent Sakewski, Steinmeh.

**Sterbetafel.**  
(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb 10 Tagen nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.)

**Bremen.** Unter seit dem 5. April vermisster Kollege Reinhard Riebold wurde in der Wefer aufgefunden. Alter: 38 Jahre 2 Monate.

**Genbach.** Am 12. Mai starb an der Berufsfrankheit unser Kollege Jakob Herrmann im Alter von 86 Jahren.

**Hodenau.** Am 17. Mai starb an der Berufsfrankheit unser Kollege Bruno Förster im Alter von 48 Jahren 6 Monaten.

**Kaiserlautern.** Am 20. Mai starb an der Lungenschwindsucht unser Kollege Karl Theis im Alter von 24 Jahren.

**Mittelsteine.** Am 16. Mai starb an der Berufsfrankheit unser Kollege Joseph Krajo im Alter von 33 Jahren 10 Monaten.

**Mühlhausen i. Th.** Am 24. Mai starb nach 2 1/2-jähriger Krankheit unser Kollege Andreas Ulrich im Alter von 48 Jahren 10 Monaten an der Berufsfrankheit.

**Nürnberg.** Am 15. Mai starb unser Kollege, der Mühlsteinhauer Peter Heisinger im Alter von 38 Jahren 10 Monaten an der Berufsfrankheit.  
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staubinger, Leipzig.  
Verlag von Paul Ecke in Leipzig.  
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

## Eine Wertschätzung der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit.

In einer Zeit, wie gegenwärtig, wo jeder Tag von wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeit und Kapital zu berichten weiß, wo einerseits die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bemüht sind, durch die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihre soziale Lage zu heben, andererseits aber wieder alle diese Bestrebungen von dem organisierten Unternehmertum bekämpft werden und somit ein Zustand besteht, wie er der heutigen Ordnung der Dinge nun einmal eigen, ja sogar ganz untrennbar von ihr ist, und sich bei dem erstarkenden Klassenbewußtsein der Arbeiter und dem auf seinen Vorteil gleichfalls bedachten Unternehmertum ganz natürlich verschärfen muß, ist es ebenso erfreulich wie interessant, einmal ein Urteil zu vernehmen, das um so mehr Anspruch darauf erheben kann, gehört und beachtet zu werden, als es von einer Seite kommt, die ganz außerhalb der Interessensphäre und des Interessensstreites von Arbeitern und Unternehmern steht. Wir meinen hiermit den neuesten Bericht der württembergischen Gewerbeinspektion, den wir, soweit er sich auf die Beurteilung der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter bezieht, im Auszuge wiedergeben und dessen bemerkenswerte, den Kulturwert der gewerkschaftlichen Organisationen anerkennende Ausführungen wie folgt lauten:

Die zähe Anhänglichkeit der Arbeiter an ihre Gewerkschaftsorganisation beruht auf der durch eine lange Reihe von Tatsachen gewonnenen Ueberzeugung, daß bei der heutigen Konzentration der wirtschaftlichen Machtmittel die Gewerkschaft allein noch imstande sei, den Arbeiter vor einer zu weit gehenden sozialen und wirtschaftlichen Abhängigkeit zu schützen. Die Leistungen, welche die Gewerkschaften den Arbeitern zu bieten bestrebt sind, sind sehr vielseitig, zunächst auf geistig-sittlichem Gebiet: Schaffung und Erweiterung von Bildungsgelegenheit durch Arbeiterbibliotheken, Arbeiterlesesäle, Vorträge über allgemein bildende Gegenstände, Fachkurse zur beruflichen Weiterbildung, Ausgleichung der Fehler einer vernachlässigten Behrausbildung; sodann in wirtschaftlicher Hinsicht: Verbesserung und Sicherung der Lohnverhältnisse durch Abschluß fester Tarifverträge, Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, wenn sie infolge von Konjunkturveränderungen oder technischen Umdämlungen, sowie bei Streiks und Aussperrungen eintritt, unentgeltliche Beratung durch die Arbeitersekretariate und kostenlose Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt, Gründung von Konsumvereinen zur Verbilligung des Einkaufs bzw. zur Verhinderung von Preisaufschlägen.

Besonders beachtenswert und wertvoll ist das, was der Bericht über die Tätigkeit der organisierten Arbeiter bei den Institutionen der deutschen Sozialgesetzgebung zu sagen weiß. Wenn damit auch nichts neues gesagt worden ist, so ist es insofern für eine richtige Beurteilung gerade um deswillen beweiskräftig, weil den Berichterstatter die Erfahrung zur Seite steht, wenn sie sagen: „Die Mitwirkung der Arbeiter bei der Durchführung der sozialen Gesetzgebung wird durch die gewerkschaftliche Schulung der Arbeiter wesentlich vorbereitet und gefördert und in den Vorständen der Krankenkassen, in den Schiedsgerichten, in den Ausschüssen der Versicherungsanstalten sitzen organisierte Arbeiter, deren Sachkenntnis den Verhandlungen

wesentlich zufließen kommt, wie umgekehrt auch sie selbst in sachlicher Behandlung der einschlägigen Fragen sich betätigen und dadurch lernen können.“

Ganz besonders aber empfehlen wir den Scharfmachern des Unternehmertums sowie den Ignoranten der gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter und auch den Staatsbehörden, die da glauben, den Bestrebungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit allen Mitteln entgegenzutreten zu sollen, die folgenden Sätze des Berichts: „Der erzieherische Wert und bildende Einfluß der Gewerkschaften auf die Arbeiter wurde von den Unternehmern vielfach übersehen oder nicht zugestanden, obwohl gerade diese Seite der gewerkschaftlichen Tätigkeit, durch welche die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter sehr gehoben und gefördert wird, auch den Unternehmern selbst zugute kommt.“

Dieses Urteil über die Gewerkschaften ist, wie man sich denken kann, der Unternehmerpresse ein Greuel und ganz besonders erregt es das Mißfallen der scharfmacherischen Deutschen Arbeitgeber-Zeitung des Herrn v. Reiszwiß. Um der gewiß einwandfreien Beurteilung des Berichts gegenüber den Schein der Sachlichkeit zu wahren, schreibt sie mit süßsaurer Miene: „Gewerkschaften und Gewerkschaften sind doch wohl ein großer Unterschied! Wir sind die letzten, die es ableugnen wollen, daß gewisse Gewerkschaften nicht allein für die in ihnen organisierten Arbeiter, sondern auch für die Erhaltung des sozialen Friedens und für die Herstellung ersprießlicher und fruchtbarer Verhältnisse einen durchaus wohlthätigen Einfluß gewonnen haben. Aber wir kennen leider eine so große Anzahl anderer Gewerkschaften, von denen das Gegenteil gilt und auf die sich keine einzige der Lobpreisungen des württembergischen Berichtes anwenden läßt.“

Allerdings: Gewerkschaften und Gewerkschaften sind ein großer Unterschied. Was unter „gewissen“ Gewerkschaften verstanden werden soll, das hätte auch geradezu gesagt werden können. Es sind hier offenbar die vom Unternehmertum protegierten „gelben“ Gewerkschaften gemeint; jene Gebilde, die das Sammelbecken des Bodensatzes bilden, der sich — wie überall — auch in der Arbeiterklasse findet und jede Gelegenheit benützt, den organisierten Arbeitern bei ihren Kämpfen um eine bessere Lebenshaltung in den Rücken zu fallen. Das sind Elemente, die, nachdem sie ihre „Schuldiigkeit“ getan haben, nach Beendigung des gewerkschaftlichen Krieges als zur Arbeit minderwertig, ja als unbrauchbar, von den Unternehmern entlassen werden müssen, ganz abgesehen von einer gewissen Gefahr, die das Verbleiben solcher Menschen für das öffentliche Leben mit sich bringt.

Daß der Bericht der württembergischen Gewerbeinspektion sich auf die „Tätigkeit“ und das Verhalten dieser Elemente bezieht, ist ganz ausgeschlossen und um deswegen schon gar nicht anzunehmen, weil der Bericht sich da auf eine längere Zeit der Beobachtung und des Studiums aller für ihn in Betracht kommenden Umstände stützt, die Schutztruppen des Unternehmertums aus den vorher genannten Gründen aber immer nur Gastrollen geben.

Schließlich leistet sich das Unternehmerblatt das billige Vergnügen, den Herren Gewerbeinspektoren den Rat zu geben, indem es schreibt: „In Hinsicht hierauf aber möchten wir den Verfasser des obigen Berichtes anraten, sich die Welt doch noch etwas genauer anzusehen, bevor sie Reflektartikel für das Gewerkschaftswesen schreiben und

dazu beitragen, die noch reichlich vorhandene Verwirrung in den Kreisen der Arbeiter zu vermehren!“

Die Verfasser des Berichtes werden und dürfen sich durch derartige, eigentlich ziemlich unberufene Ausführungen des Unternehmerorgans nicht irre machen lassen, sondern werden in ihrer Berichterstattung nach wie vor bei der Wahrheit bleiben. Ihr Urteil fällt weit mehr ins Gewicht, als die Meinung der Arbeitgeber-Zeitung, weil es die Dinge nicht durch die Brille des Scharfmacher-tums sieht, sondern auf Grund der täglichen praktischen Erfahrungen beobachtet, die ihr schönes aber schwieriges Amt ihnen in ausreichendem Maße bietet. Sch.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Die Entwicklung der Getreidepreiskeigerung. — Viehpreise. — Syndikate und Eisenbahnverwaltung. — England. — Amerika.

Das markanteste Ereignis der letzten Zeit war die starke Erhöhung der Getreidepreise.

Bisher hatte der internationale Getreidehandel nur mit einem preisempfindlichen Faktor, mit der anerkannt spottschlechten letzten russischen Ernte, gerechnet. Dem standen jedoch eine ganze Reihe preisermäßigender Faktoren gegenüber: die anderwärts und zwar gerade in Deutschland guten und sehr guten Ernteerträge, die geradezu erstaunlichen Ueberschüsse Argentiniens, unter deren Andrang und Preisdruck selbst die nordamerikanische Ausfuhr litt. Allmählich aber bereitete sich ein Umschwung vor, da manche Anzeichen darauf hinwiesen, man habe die letzte Welternte und die daraus noch heute und bis zur nächsten Ernte verfügbaren Vorräte zu hoch geschätzt. Der eigentliche Wendepunkt kam mit dem Frühling und der neuen Saatensandbeurteilung, die fast überall überraschend ungünstig ausfiel, obwohl sie natürlich stark auf unbestimmten Vermutungen und bloßen Wahrscheinlichkeiten aufgebaut ist und auch, je nach dem weiteren Verlauf des Wetters, regelmäßig starken späteren Berichtigungen unterliegt. Indes, vorläufig ist der Glaube an eine kommende heimische und internationale Zufuhrknappheit unerschütterlich, und eine gutorganisierte Hausspekulation sorgt für immer neue Stärkung der willkommenen Stimmung. In Deutschland sollen große Flächen wegen Auswinterung umgepflügt worden sein; erst der strichweise Kälterückfall, dann die trockene Hitze sollen die Saat empfindlich geschädigt haben, so daß die jetzige nässere und kühlere Witterung zum Ausgleich nicht genüge. Aus Ungarn, das bekanntlich für den Bedarf der österreichischen Reichshälfte mit unentbehrlich ist, wird ganz ähnliches gemeldet, ebenso aus Rumänien, Bulgarien, Südrussland. Für Kleinasien und die der deutschen Grenze nahen Gouvernements lautet sogar der Saatenstandsbericht des Petersburger Finanzministeriums wenig tröstlich. Aus den Vereinigten Staaten ertönen ununterbrochen Klagen, erst über Frost, dann über Dürre und Insektenfraß; der am 10. Mai bekanntgegebene amtliche Maibericht spricht in der Tat von ungewöhnlichen Auswinterungen, die die Ausfaat von 3½ Millionen Acres vernichtet hätten. Die Wirkungen der Viehspekulation auf den spekulierenden Großhandel häuften sich zusehends. In der Chicagoer Börse spielten sich zuletzt tolle Szenen, des Freudenrausches der Gewinner wie des Jammers der Verlorenen, ab. „Als — am 13. Mai — die Dollargrenze erreicht wurde, waren die Börsenbesucher in ihrer Aufregung Hute, Röde und alle nur beweglichen Gegenstände wie wahnsinnig in die Luft. Sie erhoben dabei ein betäubendes Geschrei, in das die Besucher auf den Galerien einstimmt. Vor der Börse kam es nahezu zu einem gefährlichen Tumult. Das Publikum kämpfte verzweifelt, um Zutritt zu der Halle zu gewinnen. Unter dem aufgeregten Publikum befanden sich viele Farmer, die sonst um diese Zeit auf ihren Gütern zu sein pflegen. Sensationelle Depeschen aus Liverpool über die Ernteausichten im Auslande sollen die gewaltige Preissteigerung veranlaßt haben. Am Nachmittag legte sich die Erregung einigermassen, aber die Preise schwankten immer noch

## Der Streik.

In dem kalten, unfreundlichen Zimmer eines einfachen, düfteren Lokals haben sich zirka 60 bis 70 Frauen und junge Mädchen eingefunden.

Halb zagend traten sie herein und setzten sich an den ungedeckten Tischen. Alle sehen sie schlecht genährt aus und ärmlich!

Ueber dem Ganzen lagerte eine gewisse, undefinierbare Atmosphäre, so ein Armerleutegeruch durchströmte das Lokal. Elend und Not sprach aus jedem kummervollen Gesicht, aus der ganzen Person. Und alle hatten so etwas Ungelentenes, Stilles an sich.

Es sind Arbeiterinnen, die die taggewohnte Beschäftigung an den Webstühlen selbst zur Maschine gemacht hat und mit der Dürftigkeit des Neuzerns paarte sich eine gewisse Scheu. Trotzdem, eine Erregung ging durch die Versammlung, etwas Trostiges zeigte sich in der Gesamthaltung, man merkte, die Menge stand im Banne eines für den einzelnen großen Ereignisses.

Aller Augen richteten sich auf eine schlicht, aber akkurat geleidete, nicht mehr ganz junge Frau mit ersten, scharfgeschnittenen Gesichtszügen.

Jetzt erhebt sie sich, es wird still im Raume wie in der Kirche. „Genossinnen, Leidensgefährtinnen!“ so beginnt die Frau eine Rede an die Versammelten. „Not, bittere Not hat uns hier zusammengebracht. Das Darben sind wir gewohnt, wir kennen das Leben ja nicht anders. Aber alles hat doch eine Grenze. Sind wir wirklich noch Menschen? Ich sage nein, wir sind nur Sklaven. Aber dabei haben wir nicht zum Sattenessen. Und nun soll es noch schlimmer werden. Abzüge will der Herr machen. Der Meister hat es angekündigt. . . . (Ein dumpfes Murmeln läßt sich vernehmen.) Leidensgenossinnen, sollen wir das annehmen? Sollen wir uns noch tiefer in Not und Elend herabdrücken lassen? . . .“

„Nein, nein!“ lönt es vereinzelt aus der Versammlung. „Dann müssen wir die Arbeit einstellen,“ sagt die Rednerin.

Dumpfes Schweigen. Auf einzelnen Gesichtern prägt sich deutlich Bestürzung, ängstliche Ratlosigkeit aus.

Nach einigen Sekunden unheimlicher Stille springt ein junges, intelligentes Mädchen auf. „Ja, streiken wir!“ so sprudelt sie hastig hervor. „Hungern verbunden mit Arbeitsruhe ist doch noch besser als Hunger leiden und sich abquälen. Was ist uns das Leben? Nichts! Seit sechs Monaten haben wir, meine alten Eltern und ich, nichts anderes genossen als Kaffee und Kartoffeln! . . .“

„Wir auch nicht, wir auch nicht,“ ruft man von verschiedenen Seiten.

„Schlimmer kann es dann doch nicht mehr werden. Darum wollen wir lieber streiken, als uns noch mehr Abzüge machen zu lassen. Lieber sterben, als so weiter leben. . .“

„Ja streiken, wir streiken,“ lassen sich mehrere Stimmen vernehmen. Eine Bewegung geht durch die Menge.

Nun erhebt sich eine alte Frau und winkt Ruhe. . . . Aus ihrem granddurchfurchten Gesicht blicken ein paar verteilte Augen. In abgerissenen Sätzen stößt sie hervor: „Macht ein Ende mit dem Elend! Gestern ist mein Kind gestorben. Allein, zu Hause. Ich mußte in der Fabrik sein, der Herr wollte es und wir hatten Hunger. Mein Kind allein gestorben! Ist das menschlich? . . .“ Die Frau kann nicht weiter sprechen, Schmerz und Erregung übermächtigen sie.

Der Mann ist gebrochen. . . .

„Streik! Streik!“ ertönt es wie aus einem Munde. Alles springt auf und gestikuliert. Verwünschungen gegen den Fabrikanten werden laut. . . .

Allmählich tritt wieder Ruhe ein. Die erste Rednerin gibt noch verschiedene Aufklärungen und läßt dann über den Streik abstimmen. Einstimmig wird er beschlossen. Es folgen dann noch einige Verhaltensmaßregeln; die noch nicht Organisierten lassen sich einschreiben, dann verlassen die Arbeiterinnen das Lokal. . . .

In einem fashionablen Badeort weilt der Fabrikherr. Während er mit Familie einem Blumenkorsso beivohnt, wird ihm ein Telegramm überreicht. . . . Er reißt es auf und liest. Die Bornesadern auf seiner Stirn verblühen, daß der Inhalt ihn nicht erfreut. Unter heftigen Ausfällen auf die Unbotmäßigkeit des Böbels berichtet er seiner Frau, daß die Arbeiterinnen wegen Lohnabzuges streiken.

„Verdammte Geschichte! . . . Die neue Villa muß noch ausmöbliert werden und Erwins Ehrenschulden verschlingen immer mehr. . . . Das muß der Abzug aufbringen. Verd. . . . Wende mit ihrem Streik. Aber mögen sie streiken, der Hunger wird sie schon bald zurücktreiben.“

Er telegraphiert zurück: „Lohnabzug bleibt bestehen!“

M. F.

## Ueber Richter und Staatsanwälte.

In der Zeitschrift März schreibt Ludwig Thoma über dieses Thema:

Es ist abstoßend, daß ein junger Mensch, der vom Leben gar nichts weiß, tief liegenden psychologischen Zusammenhängen zwischen Verbrechen und sozialen Zuständen nicht als Lernender, sondern souverän als Anklagender näher tritt.

Der Mangel an Erfahrung steht in einem lächerlichen Kontraste zu der großen Verantwortlichkeit, und er führt zur unziemlichen Wichtigkeit, und diese wieder hemmt jede gesunde Entwicklung.

Der Gedanke, daß ich im Alter von siebenundzwanzig Jahren als Ankläger gegen die Enterbten hätte auftreten müssen, gegen Leute, in deren Armut ich auch eine Anklage gegen mein Wohlleben hätte sehen müssen, der Gedanke erfüllt mich mit Abscheu.

Ich hätte die gleiche Empfindung gehabt, wie Otto Erich Hartleben, der in seiner kurzen Selbstbiographie sagt:

„Dann kam ich nach Magdeburg an die Strafkammer, und da ging es nicht mehr. Da hatte ich den Jammer, daß ich mit den Leuten auf der Anklagebank fast täglich lieber zu Abend gegessen hätte, als mit meinen Kollegen — auf die Dauer hätten das die einen den anderen übergenommen, und ich wäre in die peinlichste Verlegenheit gekommen.“

Junge Leute, die erst Männer werden müssen, zu Richtern machen, heißt, sie von der Quelle der Moralität und der wahren Gerechtigkeit, vom Mitleid fernhalten.

Wir sehen, daß keinesfalls lauter trefflich veranlagte Menschen sich dem Richterstande zuwenden. Die Mehrzahl besteht aus herzlich mittelmäßigen Leuten, die sich nicht einmal selbst zu diesem verantwortlichen Amte berufen fühlen. Es ist ihnen Mittel zum Zweck, zur staatlichen Verpflegung. Den flachen Naturen fehlt jede Anlage zur Menschenliebe, zur Selbstständigkeit, zu freier Denkart. Sie ersetzen diese Eigenschaften durch eine andre, welche der bayerische Justizminister Fäustle sehr treffend als „Richterdübel“ bezeichnet hat. Und sie besitzen zu allermeist den äußerlichen Ehrgeiz; sie wollen ansehnlich sein vor dem Herrn und bringen Opfer dar, die lieblich riechen.

Und diese Opfer sind die Verurteilungen.

Wir haben in Bayern eine Strafkammer gehabt, deren Mitglieder sich geschmeichelt fühlten, weil sie in Kollegenkreisen die „Blutrücker“ genannt wurden. Und sie waren bemüht, sich diesen Beinamen wie ein rühmlichstes Lob zu erhalten durch horrende Strafen. Dem schlecht verstandenen Ehrgeiz verdanken wir auch die Tatsache, daß von vielen das Durchdringen der Anklage als Kraftprobe betrachtet wird. Als freies Spiel juristischer Kräfte und Kniffe und Piffe. Im staatsanwaltlichen Jargon sagt man, daß man „eine Verurteilung erzielt“. Man spricht davon, daß eine Anklage „schlecht steht“, wenn berechnete Zweifel an der Schuld auftauchen, und man betrachtet es als besonderes Verdienst, der schlecht studierten Anklage zum Siege zu verhelfen. Das Verdienst ist von Kollegen und Vorgesetzten um so größer, je stärker die Wahrscheinlichkeit der Freisprechung war.

Das Schicksal des Angeklagten kommt daneben nicht in Betracht. Die glorreichen Sieger fühlen nicht einmal die moralische Verpflichtung in sich, die Tragweite ihrer Erfolge kennen zu lernen.

Diese Herren beantragen und sprechen Strafen aus, von deren Wesen und Wirkung sie keine Ahnung haben; es gibt keinen Paragraphen, der ihnen den Besuch der Gefängnisse, die Kenntnis der Strafvollstreckung vorschreibt. Und das Pflichtgefühl zwingt sie wahrhaftig nicht dazu.

Ich meine aber, nur der kann Richter sein, ohne Schaden zu nehmen, der an sich selber die tiefe Wahrheit des Calderonschen Wortes erfahren hat: „Daß zwischen Leiden sehen und leiden kein Unterschied sei.“

fieberhaft auf und ab. So heißt es in einem Kabelbericht: und obwohl die Dollargrenze (100 Cents pro Bushel Weizen) nicht ganz festgehalten wurde, so muß man doch erwarten, daß Chicago am 2. Januar 76 1/2 Cents notierte und sogar am 1. Mai noch 80 1/2 Cents. Ähnlich notierte man in Budapest am 2. Januar Weizen mit 7,77 Kronen, noch am 2. April mit 8,29 Kronen, dann am 1. Mai mit 9, am 13. Mai mit 10,85 Kronen. Berlin begann am 2. Januar für den Roggen (Zufuhrleistung) mit 166 1/2 Mark pro Tonne (1000 Silo), weiter stiegen dann die Preise am

1. Februar auf	173 1/4	ML.
1. März	177	"
2. April	175 1/4	"
1. Mai	186 1/4	"
Höchststand bisher am 13. Mai	199 1/4	"

Die entsprechenden Berliner Notierungen für den Weizen sind:

2. Januar	184 1/4	ML.
1. Februar	186 1/4	"
1. März	189 1/4	"
2. April	189	"
1. Mai	196 1/4	"
Höchststand bisher am 13. Mai	203 1/4	"

In ungekehrter Richtung bewegen sich seit geraumer Zeit die Vieh- und Fleisch-Großhandelspreise. Seit November hat hier der Rückgang gegen die ganz enorme Teuerung der Vorperiode eingefeßt, und bei den Schweinen sind sogar mitunter wahre Schleuderpreise eingetreten. Bekanntlich bewegt sich der Schweinemarkt, bei der raschen Vermehrungsfähigkeit des besagten Vorkentieres, fast immer in heftigen Gegenätzen: eine länger dauernde Preissteigerung reißt zu allgemeiner Ausdehnung der Aufzucht und Mast heran, daß sehr bald das Ueberangebot kaum noch unterzubringen ist. Bei den unvermeidlichen schlechten Preisen schrumpft alsdann die Schweinehaltung gewöhnlich bald wieder derart zusammen, daß sich förmliche Notstandspreise herausbilden, die alsdann wieder den Umschlag in das andre Extrem einleiten. Jedoch hat der Konsumment von der bisherigen Viehverbilligung noch nicht allzuviel verspürt. Die Fleischer halten im Detailverkauf die Preise weiter hoch, so daß selbst liberale Blätter anfangen, die Hilfe der kommunalen Verwaltungen anzurufen. So schreibt die bürgerlich-demokratische Frankfurter Zeitung, nachdem auch das Berliner Tageblatt ähnliches geäußert hatte: „Man ist auf diesem Gebiet nicht mehr ohne Erfahrung. Schon früher ist hier und da versucht worden, durch kommunale Maßnahmen regulierend auf die Fleischpreisbildung einzuwirken. Man hat städtische Kommissionsräte eingesetzt, deren Aufgabe es war, alles Fleisch, das ihnen zur Verfügung gestellt wurde, in Fleischmarkthallen gegen eine bestimmte Provision an die Konsumenten zu verkaufen. Der Gedanke, der dieser Einrichtung zugrunde liegt, ist durchaus gesund und entwicklungsfähig; er bedarf nur einer geschickten Durchführung. . . . Es wird notwendig sein, daß in dieser Richtung endlich einmal Versuche größeren Stils unternommen werden.“

Im Augenblicke, falls das Getreide dauernd im Preise hochbleiben sollte, würde demnach die Arbeiterklasse doppelt geschöpft werden — noch dazu ohne besondere Vorteile, wenigstens bis zur neuen Ernte, für die landwirtschaftliche Bevölkerung, denn das Getreide vorjähriger Ernte dürfte sich nur noch in verhältnismäßig geringen Beträgen in der ersten Hand, beim Landwirt selber, befinden.

Der Börse im allgemeinen war die Erregung auf dem internationalen Getreidemarkt gleichfalls nicht willkommen. Bei ihrer Schwäche und ihrem Erholungsbedürfnis braucht sie vor allem eine gewisse Ruhe der Entwicklung. Außerdem würde der erhöhte Aufwand der Bevölkerung für Lebensmittel unabänderlich die Massenkaufkraft für industrielle Waren und damit den Industrieabfall einengen, und nach dieser Richtung ist man so wie so schon für die Zukunft nicht mehr besonders vertrauensselig.

Simmerin hält sich die Linie der Konjunktur noch immer ungefähr auf alter Höhe. Berücksichtigt man z. B. bei den, auf den ersten Blick ungünstiger erscheinenden Eisenbahntanziffern pro April, daß im Vorjahre das Osterfest mit seinem außerordentlichen Personenverkehr auf den 15. April, in diesem Jahre jedoch auf den 31. März fiel, so ergibt sich in der preussisch-preussischen Gemeinschaft sowohl in der Personennachfrage als in der Güterbeförderung eine weitere namhafte Steigerung, bei dem Güterverkehr um 11,6 Millionen Mark, gleich 12,97 Prozent. In der Bechenbeitragsverteilung des rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats gab der Vorstand am 15. Mai bekannt, daß der Brennstoffbedarf für Industriezwecke keinerlei Abschwächung befunde. Vor allem sei der Verbrauch der Eisenindustrie anhaltend äußerst stark. Die Leistung des Stahlwerksverbandes teilte soeben der Presse mit, daß die Berichte über den schlechteren Geschäftsgang beim Verbande nicht den Tatsachen entsprechen. Wenn die Abschüsse in Formeisen zurzeit im Inlande nicht so groß wie zur gleichen Zeit in andern Jahren seien, so liege dies daran, daß die Frage der Händlervereinigungen noch nicht im einzelnen geregelt sei. Im Auslande sei die Nachfrage sehr gut, der Verband im April an Produkten A betrage 482 000 Tonnen und dieser würde noch größer gewesen sein, wenn die Werke mehr hätten leisten können. An Aufträgen und Spezifikationen fehle es nicht. Das preussische Eisenbahnministerium, das 1904, nach der Verbandsgründung, sofort eine umfassende Vereinbarung wegen der Lieferung von Eisenbahnüberbaumaterialien bis zum 31. März 1907 abschloß, hat bereits neue Verhandlungen begonnen, denen eine erhöhte Jahresmenge von Bestellungen (wahrscheinlich 800 000 Tonnen) zugrunde liegt. Die Verhandlungen von 1904 fielen in den Beginn der jetzigen Aufschwungsperiode; der Verband erhielt deshalb einen Grundpreis von 105 Mark für Schwellen, von 112 Mark für Schienen. Diesmal scheint er mehr die augenblicklich herrschenden Höchstkonjunkturpreise zur mehrjährigen Norm machen zu wollen, was hoffentlich die Staatsbahnleitung energisch ablehnt. Bis zum 31. März 1908 hat übrigens das preussische Ministerium für öffentliche Arbeiten nicht weniger wie 26 502 Güterwagen in Bestellung gegeben. Darunter eine ganze Anzahl von Spezialwagen, wie sie verschiedene Gewerbebetriebe mehr und mehr brauchen (Fischtransportwagen, Kalfedel-, Hohlglas-, Kohlenrichtermwagen usw.), ferner Fahrzeuge von viel größerem Umfang, wie die sechsachsigen Plattformwagen zu 45 und 60 Tonnen (45 000 und 48 000 Kilo) Ladegewicht. Ein je größerer Auftragsgeber der Staat ist, desto energischer kann er das allgemeine Finanzinteresse gegen Uebersteuerungsversuche wahren — wenn er will.

Auch im Ausland ist im großen und ganzen das Bild ein unbedeutend günstiges geblieben. Das englische Arbeitsamt beziffert soeben für Ende April (bei 273 berichtenden Gewerkschaften mit 619 591 Mitgliedern) die Arbeitslosen auf 3,3 Prozent, gegen 3,6 Prozent Ende März 1907, und 3,7 Prozent Ende April des Vorjahres 1906. Die Lohnsteigerungen überwiegen im April. In den Metallgewerken, im Maschinen- und Schiffbau, in den Textilindustrien war durchgängig Aufschwung, dazu kam die übliche saisonweise Belebung im Bauhandwerk und in der Konfektion; nur für den Buchdruck und die Buchbinderei wird ein „leichter“ Rückgang vermerkt.

In Amerika hängt, von jeher und noch heute, ungeheuer viel vom Ernteausschlag ab. Man wird hier sehr bald merken, wie weit die interessierten Darstellungen der Hausspekulanten an den Kornbörsen sich mit der entscheidenden Wirklichkeit in Einklang befinden.

Berlin, 26. Mai 1907.

Max Schippel.

## Schiedsgerichts-Ordnung

### Steinmetz-Junung und der Organisation der Steinarbeiter für Dresden und Umgegend.

Die Tarifverhandlungen in Dresden sind kürzlich beendet worden. Auf den materiellen Teil des Tarifs kommen wir demnächst zurück. Um entstehende Differenzen bei der Tarifauflegung zu schlichten, wurde auch weiterhin das schon längere Zeit bestehende Schiedsgericht, welches zweifellos sehr nutzbringend wirkte, beibehalten. Wir geben die Paragraphen der Schiedsgerichtsordnung auch im Steinarbeiter bekannt, weil diese für die Kollegen des gesamten Verbandes zweifellos von sehr großem Interesse ist.

§ 1. In Gemäßheit des Generalversammlungsbeschlusses vom 26. April 1907 und der Zustimmungserklärung des Vertrauensmannes der Gefellenvereinigung vom 10. April 1907 wird ein Schiedsgericht zu dem Zwecke errichtet, Lohnstreitigkeiten auf Grund des bestehenden Tarifs zu schlichten.

§ 2. Das Schiedsgericht hat seinen Sitz in Dresden und wird gebildet aus einem Vorsitzenden und sechs Beisitzern, welche jeder ein volles Kalenderjahr zu amtierenden haben. Als Vorsitzender fungiert der jeweilige Vorsitzende der vereinigten Arbeitgeber. Von den sechs Beisitzern sind alljährlich anfangs März drei Beisitzer und drei Stellvertreter durch die vereinigten Arbeitgeber und die andern drei Beisitzer und drei Stellvertreter durch die vereinigten Arbeitnehmer zu erwählen, während den sechsten Beisitzer für jede Schiedsgerichtssitzung die verlagten Parteien durch den Vorsitzenden der betreffenden Vereinigung aus der Reihe der Stellvertreter kooptationsweise zu ernennen resp. heranzuziehen haben.

§ 3. Als Schiedsgerichtsbesitzer können nur solche Personen gewählt werden, welche das fünfundschwanzigste Lebensjahr vollendet haben, sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden und einer Verfügungsbeschränkung nicht unterliegen. Insbesondere müssen die von den Arbeitgebern zu wählenden Beisitzer entweder das Steinmetzgewerbe praktisch erlernt oder ein Steinmetzgeschäft zehn Jahre lang selbstständig geleitet haben. Dagegen müssen die von der Arbeitervereinigung zu wählenden Beisitzer eine fünfjährige Gefellenzeit nachweisen können.

§ 4. Die Schiedsgerichtssitzungen finden in der Regel in der ersten Woche jedes Kalendermonats statt, wenn Anrufungen vorliegen; der Vorsitzende kann jedoch Sitzungen nach Bedarf abhalten und muß die Einladung zu denselben den Beisitzern volle drei Tage vorher zugesandt werden. Zeit und Ort der Sitzung bestimmt der Vorsitzende und ist den Parteien hierbon rechtzeitig vorzuladende Mitteilung zu machen.

Ein Ausbleiben der Beisitzer von den Sitzungen ist nur durch Krankheits- oder andere unabwendbare Verhältnisse gerechtfertigt und ist dem Vorsitzenden hierbon, möglichst innerhalb 24 Stunden vom Tage der Abwägung der Einladung an, zuverläßliche Mitteilung zu machen. Derselbe hat sofort einen Stellvertreter heranzuziehen, event. den Vertrauensmann der Gefellenvereinigung zu verständigen, wie auch ein Beisitzer der Arbeitervereinigung gehalten ist, den letzteren von seiner zulässigen Behinderung unter gleicher Vorschrift zu benachrichtigen. Der gedachte Vertrauensmann hat für Heranziehung eines Stellvertreters das Nötige schleunigst und rechtzeitig zu veranlassen.

Beisitzer oder deren Stellvertreter, welche ohne unabwendbare Abhaltung die Sitzung veräumen, oder die erforderlichen Anzeigen an den Vorsitzenden nicht rechtzeitig bewirken, versetzen in eine sofort einzulebende Ordnungsstrafe von 5 ML., die zur Deckung der durch das Schiedsgericht entstehenden Kosten mit verwendet werden. Fehlt von jeder Partei ein Beisitzer, oder will ein Beisitzer der andern Partei, welche vollzählig erschienen ist, freiwillig abtreten, so kann, wenn beiderseitiges Einverständnis hiermit zu erzielen ist, die Sitzung gleichwohl stattfinden, event. Entscheidungen treffen.

§ 5. Bei Anrufung des Schiedsgerichts, welches schriftlich beim Vorsitzenden zu bewirken ist, hat der Kläger sein Vorbringen speziell zu begründen, insbesondere aber die darauf Bezug habenden Lohnberechnungen, Details, Skizzen, Arbeitszettel usw. gleichzeitig mit einzureichen. Im Unterlassungsfalle wird der Streitgegenstand schiedsgerichtlich nicht verhandelt und der Anruf solange abgelehnt, bis die erforderlichen Unterlagen erbracht sind. Ueber die vorläufige Zulässigkeit der Verhandlung und der Unterlagen entscheidet der Vorsitzende. Ebenso und unter gleichen Voraussetzungen ist der Beklagte, welcher drei Tage vor dem Termine rechtzeitig zu laden ist, gehalten und verpflichtet, die zu seiner Entlastung und Verteidigung erforderlichen Berechnungen, Details, Skizzen usw. im Termine auf Erfordern vorzulegen und zu begründen.

§ 6. Die jeweilig entstehenden Kosten der Schiedsgerichtssitzungen werden von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern je für ihre Beisitzer selbst bezahlt.

§ 7. Streitfälle von besonderer Geringfügigkeit werden vom Schiedsgericht weder verhandelt noch entschieden, daher zurückgewiesen. Ueber die vorliegende Geringfügigkeit entscheidet das tagende Schiedsgericht.

§ 8. Dauert eine Schiedsgerichtssitzung länger als vier Stunden, so wird dieselbe bezüglich der unerledigten Fälle vertagt und müssen sich die streitenden Parteien bescheiden, doch kann nach Sachlage eine außerordentliche Sitzung vom Vorsitzenden anberaumt werden. Die einzelnen Streitfälle kommen nach der Reihenfolge der Anbringung zur Erledigung.

§ 9. Herrscht unter den Schiedsrichtern bei Beurteilung der zu verhandelnden Punkte keine übereinstimmende Ansicht und ist ein Einverständnis nicht im Wege sachgemäßer Diskussion zu erzielen, so wird die betreffende Frage durch mündliche Abstimmung mit absoluter Stimmenmehrheit entschieden.

§ 10. In besonders dringenden Fällen wird ein Einigungsverfahren von dem Vorsitzenden gestanden, welches ein bis zwei Tage vorher zu beantragen ist und zu welchem der Vorsitzende kurzerhand je einen Beisitzer der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zuzieht. Kommt ein Vergleich zwischen den beiden Parteien nicht zustande, oder unterwerfen sich dieselben dem Schiedsgericht im Einigungsverfahren nicht, so ist das ordentliche Schiedsgericht anzurufen.

§ 11. Die Verhandlungen und Entscheidungen des Schiedsgerichts sind durch sachkundige Hand protokollarisch festzusetzen. Die betreffenden Niederschriften sind nicht allein von den streitenden Parteien, sondern auch von sämtlichen Schiedsrichtern zum Zeichen des Einverständnisses und der rechtlichen Wirkung eigenhändig zu unterzeichnen. Die Niederschriften sind auf autographischem Wege zu vervielfältigen und je ein Exemplar den Mitgliedern der Vereinigung der Arbeitgeber und dem Obmann der Arbeitnehmer in wenigstens fünf Exemplaren zu übergeben.

§ 12. Diese Schiedsgerichtsordnung tritt mit dem 15. Mai 1907 in Kraft und wird durch nachträgliche Zustimmungserklärung für beide Vereinigungen rechtsverbindlich und gilt auf die Dauer des gegenwärtig bestehenden Lohn tariffs.

Unter Bezugnahme auf die in der außerordentlichen Hauptversammlung der Arbeitgeber vom 26. April 1907 gefaßten Beschlüsse und die von den Vertrauensmännern der Arbeitnehmer am 10. April 1907 abgegebene Zustimmungserklärung, tritt mit dem 15. Mai 1907 vorstehende Schiedsgerichtsordnung für beide Teile rechtsverbindlich in Kraft.

Für die Arbeitgeber:  
Oskar Hempel, Karl Ehrlich, Albert Ehrlich.  
Für die Arbeitnehmer:  
Rich. Seidel, Bruno Steglitz, Wilh. Steinicke.

## Bericht des internationalen Sekretariates

pro I. Quartal 1907.

Schweden. Wie aus dem Revisionsbericht zu ersehen ist, erzielte unser Verband in der letzten Hälfte vorigen Jahres einen bedeutenden Aufschwung, wodurch sich die ökonomische Stellung verbesserte.

Im Anfang des Quartals waren wir 4208 Mitglieder in 104 Sektionen; dazu kommt ein Anschluß von fünf Sektionen mit 338 Mitgliedern, so daß der Verband am Schluß des Quartals 4546 Mitglieder in 109 Sektionen hat.

Natürlich sind die Lohnbewegungen im Verhältnis hierzu gestiegen und sind momentan ca. 25 Lohnbewegungen im Gange, wovon speziell eine davon von großer Wichtigkeit ist; nämlich die „Fein-“ und „Baufsteinhauer“-Bewegung in Uddevalla, welche ca. 500 Mitglieder umfaßt. Der Vertrag ist von den Arbeitern auf 1. Oktober 1907 gekündigt worden.

Außerdem haben die „Schwarz“-Steinhauer in Stane, circa 600 Mitglieder, beschloffen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Gewiß ist es uns gelungen, einige Aufbesserungen ohne Streit zu erlangen; aber es wird wohl nicht alles so glatt ablaufen, denn die Arbeitgeber sind ziemlich gut organisiert.

Zurzeit hat der Verband 130 Mitglieder im Streik, was uns pro Woche 1300 Kronen Unterstützung kostet. Für diese Summe muß der Verband allein aufkommen, doch hoffen wir, daß wir mit unserer jetzigen großen Macht die Lohnfrage zu unsern Gunsten regeln können.

Am Anfang des Quartals war der Kassenbestand Kronen 39 377,11. Die Einnahmen während des Quartals waren 18 764,25 Kronen. Die Ausgaben 20 540,09 Kronen. Kassenbestand am Schluß des Quartals 37 601,27 Kronen.

Der Verband spricht den Wunsch aus, es sollte der internationale Kongreß u. a. beschließen, daß in Zukunft ein geordnetes Rapportsystem zwischen dem Verband und dem internationalen Sekretariat eingeführt werde, sowie Festsetzung der Zeit für Einsendung der Rapporte an das internationale Sekretariat.

(Der deutsche Sekretär hat bisher diese Berichterstattung schon peinlich eingehalten. Red. d. Steinarb.)

Norwegen. Am 29. März und den darauf folgenden Tagen fand die Landesversammlung statt. Aus den Verhandlungen entnehmen wir folgende Punkte:

Verharmelung des norwegischen und schwedischen Steinmetzverbandes.

Vom Kontingent wird wöchentlich 10 Dere an die kooperative Steinhauerei abgegeben.

Der Verbandsvorstand hat seinen Sitz in Kristiania.

Das Verbandsbureau wird nach Frederikstad verlegt.

Es wird ein ständiges Tarifkomitee von vier Mann gewählt, ein Gefsteinhauer, ein Pflastersteinhauer, ein Feinsteinhauer und ein Großsteinhauer, um gemeinsam mit dem Verbandsvorstand Preistarife für genannte Branchen auszuarbeiten.

Ferner wird ein Lehrlingsgesetz eingeführt. (?) Als Quittung für Kontingent wird das Markenystem eingeführt. Gesetz betreffend zwangsweise Vermittlungen bei gewissen Arbeitsstreitigkeiten.

Aus diesen Punkten ist ersichtlich, daß die Verhandlungen jedenfalls von großem Interesse waren.

Belgien. Auch hier sind einige Bewegungen und Streiks im Gange. So stehen seit dem Vorjahre in den Brücken I'Ermitage de Lessines über 100 Mann im Streik. In Neumont wurde eine 20prozentige Lohnerhöhung ohne Streit durchgeführt. In Calonne waren ebenfalls 50 Mann im Streik wegen ungedeckter und zweideutiger Entlassungen verschiedener Arbeiter, nach kurzer Einstellung der Arbeit aber sah sich der Meister genötigt nachzugeben und den Forderungen der Streikenden zu entsprechen, trotzdem er noch vorher die Bewilligung des Meisterverbandes einholen wollte. Wie es scheint, haben sich also auch in diesem Lande die Baumeister vereinigt. Die Marmorarbeiter in Anvers haben ebenfalls die Arbeit eingestellt. Die Marmoristen verlangen 45 Centimes, die Polierleute 40 Centimes Stundenlohn. Ein weiterer Streik bei Rousseau-Clerfagt ist noch im Gange. Alle drei Streiks in den Brücken von Coussines.

In Biesmes wurde mit der Meistervereinigung ebenfalls ein Arbeitsvertrag abgeschlossen, worin Lohnsteigerungen von 2-5 Centimes pro Stunde zugesagt wurden. So ist also auch in diesem Lande die Bewegung eine sehr regere.

Italien. Die Steinhauer in Varese haben nach 18-tägigem Streik einen schönen Erfolg erzielt. Es wurde ein Minimallohn von 36 Cent. pro Stunde festgesetzt, Akkordarbeit gänzlich abgeschafft und die Meister verpflichtet, alle ihre Arbeiter gegen Unfall zu versichern. Die Marmorarbeiter in Turin haben eine 10-20prozentige Lohnerhöhung erzielt. Weitere Bewegungen herrschen in Barge, Vagnola, Turin, Mondovi, Venedig und Luferna. — Am 5. März wurde die Produktivgenossenschaft der Steinhauer am Langensee mit Sitz in Grabelona-Doce gegründet; das Zentralbureau befindet sich in Mailand. Das verarbeitete Material ist der weiße und der rote Rapenna-Granit. Das Betriebskapital ist aus Aktien von 25 Franc zusammengekehrt.

Schweiz. Die Zahl der Organisierten ist nun wieder im Zunehmen begriffen; es wurden wieder zwei neue Sektionen gebildet. Die Löhne sind überall im Steigen begriffen, allerdings sind auch die Preise der Lebensmittel durch die neuen Politarife sehr stark in die Höhe gegangen. Der Streik in Tessin bei der Aktiengesellschaft dauert fort. Die Zahl der Arbeitswilligen beim Truist ist sehr gering, gegenüber 3-4000 Mann der Vorjahre. Eine gegenseitige Verständigung für laufendes Jahr ist bei beiden Parteien ausgeschlossen. Streiks waren in diesem Quartal 11, Beteiligte 300, Dauer derselben 254 Tage; günstig erledigt wurden 8, mit teilweisem Erfolg 1, erfolglos 2. Lohnbewegungen waren 7; günstig erledigt 4, mit teilweisem Erfolg 3, Beteiligte daran waren 546 Mann. Aus diesen Zahlen ist deutlich ersichtlich, daß schon im ersten Quartal der Antrieb nach Verbesserungen der ökonomischen Verhältnisse der Kollegen stark hervorgetreten und ein rascher Fortschritt sich bemerkbar macht. Die Arbeitszeit wurde überall da, wo sie noch über zehn Stunden war, auf diese Höhe zurückgeführt. Die meisten Bewegungen spielen sich im gegenwärtigen Jahr in der französischen Schweiz ab. Die Taktik des Baumeisterverbandes gegen unsre Organisation wird immer scharfer und gibt zu vielen Streitigkeiten Anlaß.

Serbien. In Serbien ist die Steinmetzindustrie erst in ihrem Anfangsstadium und wird noch in sehr kleinem Maßstabe betrieben; das Zentrum der Steinindustrie ist Belgrad. Im Lande selbst wird die Industrie noch sehr wenig beschäftigt, höchstens ein paar Brücken bei Wege- und Bahnbauten. Wenn die Arbeiten dann gemacht sind, ziehen sich die Leute wieder in die Großstädte zurück. Zurzeit sind in Schabaz gegen 10 Arbeiter, und in Belgrad 120, davon sind zwei Drittel organisiert, insgesamt 80 organisierte Kollegen; davon sind 15 Lehrlinge, die ihre Beiträge ebenso wie die Gefellen bezahlen und demnach in allem auch gleich berechtigt sind. Im Jahre 1906 haben die Kollegen in Schabaz auch einen Tarif erkämpft, der dem Belgrader pro 1905 gleich ist. Im selben Jahre konnte in Belgrad kein Tarif durchgeführt werden, da die Konjunktur nicht danach war, um die Meister zwingen zu können. Dieses Jahr sind größere Arbeiten in Aussicht und werden wir einen neuen Tarif ausarbeiten.

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!